

**Programm 2016 – 2021
Kreistag Marburg-Biedenkopf
(Langfassung)**

Sozial

ökologisch

demokratisch

DIE LINKE.
Marburg-Biedenkopf

Vorwort	4
Soziale Gerechtigkeit verwirklichen	4
Ökologische Nachhaltigkeit praktizieren	5
Demokratische Teilhabe sichern	5
Finanzen: Chronische Unterfinanzierung beenden.....	6
Soziale Gerechtigkeit durchsetzen – Armut bekämpfen	8
▪ Hartz IV muss weg!.....	8
▪ Sanktionen bei Hartz IV aussetzen.....	10
▪ Soziales Netz für Arme ausbauen	10
Umwelt-, Natur- und Klimaschutz	11
▪ Umweltschutz: Natürliche Lebensgrundlagen erhalten.....	11
▪ Naturschutz.....	11
▪ Tierschutz	12
▪ Biologische Vielfalt.....	12
▪ Boden, Wasser, Luft	13
▪ Abfall, Abwasser	14
▪ Klimaschutz: Global denken – lokal handeln	15
▪ Handlungsfelder:.....	16
▪ Organisatorische Absicherung Klimaschutz.....	16
▪ Lokale Agenda 21 auf Kreisebene	17
▪ Weitere Maßnahmen	18
Energieversorgung	18
▪ 100 Prozent Erneuerbare bis 2050	18
▪ Der Landkreis als Verbraucher und Vorbild	19
▪ Der Landkreis als Berater und Promotor.....	19
▪ EAM, E.ON-Mitte, EAM oder: Geplatzte Hoffnungen.....	20
▪ Energiewende sozial gestalten	21
▪ Konflikt (1): Naturschutz vs. Windkraft.....	22
▪ Konflikt (2): Tank vs. Teller	22
Verkehr	23
▪ Verkehr verkehrt	23
▪ Verkehr vermeiden.....	24
▪ Verkehr verlagern	25
▪ Schadstoffbelastungen aus Verkehrsbewegungen verringern.....	26
▪ Nulltarif im ÖPNV einführen.....	26
Landwirtschaft: Wochenmarkt statt Weltmarkt.....	27
▪ Gentechnikfreie Zone Marburg-Biedenkopf	28

▪ Massentierhaltung begrenzen.....	29
▪ Nachhaltige Forstwirtschaft.....	29
Leben im ländlichen Raum	30
▪ Kulturelle Teilhabe für Familien erhalten.....	30
▪ Jugend im Landkreis.....	31
▪ Familie und Kinder	32
▪ Schulen im Landkreis.....	32
▪ Schulgebäude sanieren, Schadstoffe beseitigen	33
Gesundheit ist keine Ware.....	34
▪ Ärztemangel im ländlichen Raum	34
▪ Ärztlicher Notdienst (Bereitschaftsdienst)	35
▪ Geburtshilfe	36
▪ Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung	37
▪ Universitätsklinikum Gießen Marburg (UKGM) – ein abschreckendes Beispiel	37
Integration, Migration, Inklusion, Flüchtlinge.....	38
▪ Refugees Welcome!.....	38
▪ Psychologische Betreuung von Flüchtlingen	39
▪ Würdevoller Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen	40
▪ Migration, Integration	41
▪ Inklusion.....	42
▪ Inklusion an Schulen umsetzen	43
Gegen Rechts.....	44
Frauen und Männer	44
Älter werden Im Landkreis	45
Der Landkreis als Arbeitgeber	47
Landkreis für den Frieden und gegen Mllitarismus.....	48
Kurz vor Schluss: Eine Gesamtschau	49
Letzte Aussagen.....	50
▪ Sie haben es geschafft!	50
▪ Wenn Sie im Großen und Ganzen	50
▪ Wenn Sie noch nicht genug...	50
▪ Wenn Sie bereits heute wissen...	50
▪ Wenn Sie heute noch nicht wissen.....	50
Schlussakkord am 6. März 2016	51
Fazit:.....	51
Und Sie liebe Leser_in, was werden Sie tun?	
Vor, am und nach dem 6. März 2016?	51

Vorwort

DIE LINKE legt hiermit ihr Programm zur Wahl des Kreistages Marburg-Biedenkopf am 6. März 2016 vor. Zu großen Teilen beruht es auf Anträgen, welche die bisherige Fraktion – Anna Hofmann, Dr. Ingeborg Cernaj, Bernd Hannemann und Adnan Yildirim (bis 11/2015) – seit 2011 im Kreistag gestellt hat. Die Anträge wurden von einer Koalition aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Freien Wählern zumeist abgelehnt oder bis zur Unkenntlichkeit verfälscht. An dieser Sachlage änderte auch der Wechsel zur Großen Koalition im Juni 2014 prinzipiell nichts.

Indem politische Grundgedanken und die Forderungen, die daraus resultieren, hier dargelegt werden, zeigt DIE LINKE, dass ein neues Politikverständnis im Kreistag notwendig ist. Der personelle Wechsel an der Spitze der Kreisverwaltung von Robert Fischbach zu Landrätin Kirsten Fründt (SPD) und von Karsten McGovern zu Marian Zachow (CDU) als Erstem Kreisbeigeordneten führte zu keiner substantiellen Änderung der Kreispolitik. Eine Abkehr von marktradikalem Denken oder den verfehlten Annahmen der neoklassischen Wirtschaftstheorie ist nicht zu erkennen.

Der Kreispolitik sind enge Grenzen durch die Gesetzgebung und durch die Haushalte in Bund und Land gesetzt. Finanziell ist der Kreis fast vollständig von den Schlüsselzuweisungen des Landes Hessen und der Kreisumlage der Gemeinden abhängig. Er verfügt über keine weitreichenden eigenen Einnahmen, abgesehen von Marginalien wie der Jagdsteuer und der Erhebung von Gebühren. Im Unterschied zu allen anderen Parteien ist DIE LINKE jedoch der Ansicht, dass diese Rahmenbedingungen nicht einfach hingenommen werden sollten, sondern dass ein Druck von unten – aus den Kreisen und Gemeinden – auf ihre Veränderung hin ausgeübt werden muss, damit sich die finanzielle Lage der kommunalen Familie verbessert und die Handlungsspielräume der Städte, Gemeinden und Landkreise erweitert werden.

Liebe Leserin, lieber Leser: Wundern Sie sich also bitte nicht, wenn auf den folgenden Seiten nicht nur vom Landkreis Marburg-Biedenkopf die Rede ist, sondern auch von den Verursachern der politischen Probleme in Wiesbaden, Berlin und Brüssel.

Soziale Gerechtigkeit verwirklichen

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind durch tiefe soziale Spaltungen gekennzeichnet. Dies gilt auch für den Landkreis Marburg-Biedenkopf. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Laut aktuellem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung besitzen die obersten 10 Prozent der Bevölkerung über die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Eine Gesellschaft, in der sich eine Minderheit durch die Ausbeutung der Mehrheit bereichert, ist ungerecht. Wachsende Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit sind unvereinbar. Diese Fehlentwicklungen müssen nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch aus ökonomischer, gesamtwirtschaftlicher Vernunft heraus korrigiert

werden. Nur auskömmliche Einkommen der großen Mehrheit der Bevölkerung sichern in einer Marktwirtschaft soziale und wirtschaftliche Stabilität. Im Kreistag wird immer wieder behauptet, man könne nur das verteilen, was erarbeitet worden sei. In einer Marktwirtschaft ist das Bild vom „fertigen Kuchen“, den es zu verteilen gilt unsinnig und falsch. Werden die Einkommen erhöht wächst der Kuchen! Diese Erkenntnis ist jedoch weder bis zur Bundesregierung noch in die Führungsetage der Kreisverwaltung oder zu den meisten Kreistagsabgeordneten vorgedrungen.

DIE LINKE fordert:

- Umverteilung: Eine gerechtere Verteilung des erarbeiteten Reichtums;
- Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand;
- Ausweitung der Reichweite der sozialen Sicherungssysteme;
- Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung.
- Sozialberichterstattung auf Kreisebene einführen
- Das Informations- und Beratungsnetz für arme Menschen mit Hilfe der Kreisverwaltung ausbauen

Ökologische Nachhaltigkeit praktizieren

Wolfgang Methling (DIE LINKE), ehemaliger Umweltminister in Mecklenburg-Vorpommern sagte einmal: „Ein Ökologe muss kein Sozialist sein – aber ein Sozialist muss Ökologe sein“. Links und Grün, diese Kombination von Attributen rief lange Zeit beim politischen Publikum im Landkreis Kopfschütteln oder ungläubiges Staunen hervor. Bis das Duo Anna Hofmann und Georg Fülberth ab 2001 die Themen Ökologie, Erneuerbare Energien, Nachwachsende Rohstoffe, Klimaschutz oder Verkehrswende in den Kreistag trug. Wurden die konkreten Forderungen zunächst verlacht und abgelehnt, sind sie inzwischen zum Gemeingut des Kreistages geworden. Herausragendes Beispiel: Die Forderung, bis 2050 die Energieversorgung des Landkreises komplett aus erneuerbaren Quellen zu decken, sorgte für Hohn und Spott. Bis im Jahr 2008 der Kreistag beschloss, dieses Ziel bereits im Jahr 2040 zu erreichen. Die konkreten Schritte auf diesem Weg bleiben jedoch dürftig.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Ökologische Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Verwaltung verankern.

Demokratische Teilhabe sichern

Eine Gesellschaft, deren Mitglieder nicht selbstbestimmt über die eigenen Angelegenheiten entscheiden können, verliert den Zusammenhalt. Die herkömmlichen Formen repräsentativer Politik verlieren an Zustimmung. Immer mehr Bürger_innen fühlen sich ohnmächtig gegenüber „der Politik“. Sie fühlen sich nicht

mehr ernst genommen und verabschieden sich innerlich von der Demokratie. Um diesen Zerfallsprozess aufzuhalten, ist es notwendig, alle Bürger_innen wieder an den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen nicht nur bei Wahlen, sondern auch in beteiligungsorientierten Verfahren teilhaben zu lassen.

Dies ist unstrittig und Allgemeingut. Landrätin Fründt führte ihren Wahlkampf vor allem mit dem Thema „Mehr Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement“. Frisch gewählt richtete sie sogar eine Stabsstelle „Bürgerbeteiligung“ ein. Doch was kommt dabei heraus? Alibiveranstaltungen und Placebos. Genau die Sorte von Politik, von der die Bürger_innen die Nase voll haben. Beispiele: Ein Seniorenbeirat wird eingerichtet. Wahlverfahren und Wahltermin sind so gestaltet, dass eine Bürgerbeteiligung eher verhindert wird. Die Mitglieder des Behindertenbeirates werden nicht gewählt, sondern vom Kreisausschuss berufen. Ein Ausländerbeirat wird erst gar nicht eingerichtet. Die Bürgersprechstunde der Landrätin, Interaktive Dialogangebote im Internet und Mitmachangebote jedweder Art sind Scheinaktivitäten und gaukeln der Bevölkerung vor: „Wir tun was. Wir praktizieren Beteiligung.“

Eine echte Bürgerbeteiligung bei Planungs- und Entscheidungsprozessen sieht anders aus.

DIE LINKE fordert:

- Bürgersprechstunde vor jeder Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einrichten
- Ausländerbeirat einrichten, Flüchtlingssprecher in diesen integrieren, auskömmliche Finanzierung sichern
- Projekt „Bürgerhaushalt“ anschieben und Bürger_innen aktiv in die Haushaltsaufstellung einbeziehen
- Konsultationen der Bürger_innen und öffentliche Diskurse bei Themen von grundsätzlicher Bedeutung organisieren
- Beteiligungsformen wie Bürgergutachten/Planungszelle und Bürgerpanel in die Entscheidungsprozesse einbauen.
- Die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind in Hessen viel zu hoch. Kreisausschuss und Kreistag werden aufgefordert ihren politischen Einfluss geltend machen, um durch eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung diese Hürden zu senken.
- Initiierung einer kreisweiten Lokalen Agenda 21 (siehe Kapitel „Klimaschutz: Lokal denken – global handeln“)

Finanzen: Chronische Unterfinanzierung beenden

Ohne Moos nix los. Davon wissen die Kreistagsabgeordneten ein Lied zu singen.

Der Landkreis ist chronisch unterfinanziert. Dies hat zwei wesentliche Ursachen. Zum einen belastet eine ökonomisch und sozial falsche Steuer- und Finanzpolitik zugunsten von Reichen, Superreichen und Großunternehmen die Einnahmeseite aller öffentlichen Haushalte. Diese Ursache kann nur beseitigt werden, wenn in Bund und Land endlich umFAIRteilt wird. Im Kreistag stimmten die Abgeordneten von SPD und Grünen dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zu, das Bündnis „umFAIRteilen“ und dessen Forderungen zu unterstützen. Forderungen nach Wiedererhebung der Vermögensteuer, einmaliger Vermögensabgabe, einem konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen und für eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte erhielten somit im Kreistag eine Mehrheit. Die Steuer- und Finanzpolitik der Hessischen Landesregierung - mit Beteiligung der Grünen - und der jetzigen Bundesregierung - mit Beteiligung der SPD - änderte sich allerdings nicht.

Obwohl die Einnahmen der kommunalen Haushalte hinten und vorne nicht ausreichen, stockt das Land Hessen mit Verweis auf leere Kassen die Finanzmittel für den kommunalen Finanzausgleich (KFA) nicht auf. Im Gegenteil: Das Land Hessen hetzt die Kommunen in einen Verteilungskampf untereinander. „Horizontaler Ausgleich“ heißt der Trick, mit dem etwas weniger arme Kommunen noch ärmeren Kommunen finanziell unter die Arme greifen müssen. Selbst der Landkreis Marburg-Biedenkopf, in dem chronisch leere Kassen stets als Begründung für politische Handlungsunfähigkeit angeführt werden, wird durch die Neuregelung zur „Geberkommune“.

Die sogenannte „Schuldenbremse“ und der „Hessische Schutzschirm“ für besonders klamme Kommunen sind weitere Ursachen für die Selbstfesselung der öffentlichen Haushalte. Trotz historisch niedriger Zinsen wird es den Kommunen verwehrt, den Investitionsstau bei der Infrastruktur über kreditfinanzierte Programme aufzulösen. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf ist durch den „Schutzschirmvertrag“ mit dem Land Hessen gezwungen, eventuelle Überschüsse im Haushaltsvollzug ausschließlich zur Schuldentilgung zu verwenden. „Schuldenbremse“ und „Schutzschirm“ belegen, dass die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Einnahmen, Ausgaben, Kauf, Verkauf, Forderungen und Verbindlichkeiten in einer Volkswirtschaft von den verantwortlichen Politikern nicht gesehen und verstanden werden.

Die Tilgung vorhandener Schulden verändert das Geldvermögen eines Wirtschaftssubjektes nicht. Nur über zusätzliche Einnahmen sind die öffentlichen Haushalte nachhaltig zu sanieren. Und: Die Marktwirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung, in der die Produktion von Gütern und Dienstleistungen vorfinanziert werden muss. Auch dies wird nicht verstanden.

Laut Grundgesetz und Hessischer Verfassung haben die Landkreise und Kommunen das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieses Recht existiert faktisch nicht mehr. DIE LINKE ist derzeit die einzige Kraft im Kreistag, deren Forderungen der kommunalen Selbstverwaltung wieder zu ihrem Recht verhelfen.

Die Finanzierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge durch private „Investoren“ lehnt DIE LINKE ab. Diese Modelle dienen lediglich dazu, Finanzkonzernen eine sichere und auskömmliche Rendite zu sichern.

DIE LINKE fordert:

- Rücknahme der Steuergeschenke auf Bundesebene für Reiche, Superreiche und Großunternehmen
- Konsequente Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Hauptziele des magischen Vierecks: Preisstabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum auf allen politischen Ebenen
- Neustrukturierung des Hessischen Kommunalen Finanzausgleiches mit einer deutlich erhöhten Finanzausgleichsmasse
- Keine Mangelverwaltung im Kreishaushalt
- Abkehr von den Vorgaben des Schutzschirmvertrages. Finanzierung notwendiger Ausgaben auch über Kredite ermöglichen.
- Keine Finanzierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge über Öffentlich-Private-Partnerschaften (OPP bzw. PPP)

Soziale Gerechtigkeit durchsetzen – Armut bekämpfen

Hartz IV muss weg!

2005 haben SPD und Grüne die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und durch eine sogenannte Grundsicherung für Arbeitsuchende, besser bekannt als Hartz IV abgelöst. Hartz IV erfasst alle erwerbsfähigen Personen und diejenigen, die mit ihnen in einem gemeinsamen Haushalt leben, sofern sie arbeitslos und/ oder bedürftig sind. Ein großer Teil der früheren Sozialhilfebezieher_innen erhält jetzt ebenfalls Hartz IV-Leistungen. Hartz IV ist Armut und Ausgrenzung per Gesetz.

Die Regelsätze sind zu niedrig. Mit 404 Euro im Monat können Millionen Betroffene nicht mehr am gesellschaftlichen und sozialen Leben teilhaben. Besonders häufig trifft es Menschen ohne Ausbildung, alleinerziehende Mütter und ältere Arbeitssuchende. Älteren Erwerbslosen, die keine realistische Aussicht auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben, droht ein massiver sozialer Absturz. Hartz IV bedeutet den Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung. Stattdessen sollen sich Familie und Lebenspartner um die Betroffenen kümmern: So werden arbeitslose Jugendliche gezwungen, weiter bei ihren Eltern zu wohnen; zusammenlebende Menschen werden ausspioniert, ob sie eine eheähnliche Gemeinschaft bilden.

Hartz IV zwingt Menschen durch die Maxime „Jede Arbeit ist zumutbar“ in den Niedriglohnssektor. Damit subventioniert der Staat ausbeuterische Arbeitgeber, die

schlechte Löhne zahlen – fast 1,2 Millionen Menschen beziehen Hartz IV, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht. Hartz IV ist ein sozialpolitischer Holzweg – er drängt Menschen in Ein-Euro-Jobs, statt ihnen eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Für DIE LINKE ist Arbeitslosigkeit vor allem auf fehlende Arbeitsplätze zurückzuführen. Hartz IV dagegen stellt Erwerbslose unter den Generalverdacht, nicht arbeiten zu wollen. Diese Sichtweise lehnen wir ab. Es mangelt an guter Arbeit, nicht am Willen zu arbeiten.

Das Hartz-IV-Regime wird im Landkreis Marburg Biedenkopf vom KreisJobCenter (KJC) durchgesetzt. Der Landkreis ist eine von 16 Optionskommunen in Hessen. Diese Kommunen übernehmen eigenverantwortlich und ohne die Bundesagentur für Arbeit alle Aufgaben als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende und betreuen die Arbeitssuchenden aus dem Rechtskreis SGB II (Hartz IV).

Im Oktober 2015 sind 7.880 Menschen als erwerbsfähige Hilfeempfänger beim KJC registriert. In 6.071 Bedarfsgemeinschaften leben mehr als 11.000 Menschen. Der Kreis kann für diese Personen Konzepte, Rahmenbedingungen und Wiedereingliederungsprojekte selbst gestalten. Daher forderte die Fraktion DIE LINKE - trotz ihrer grundsätzlichen Ablehnung - immer wieder, bei der Umsetzung von Hartz IV die wenigen Spielräume, die das Gesetz einräumt, zu Gunsten der Betroffenen zu nutzen. Eine Übernahme der tatsächlichen Kosten der Unterkunft (KdU) gehört dazu.

Die Spielräume werden vom KJC jedoch nicht genutzt. Im Gegenteil: Das KJC tritt eher als Vorreiter einer strikten und rigorosen Umsetzung von Hartz-IV auf. So rühmt sich der Landkreis in der Sanktionspraxis Spitzenreiter in ganz Hessen zu sein. Weil das hiesige KJC in Hessen „erfolgreich“ Sanktionen verhängt – im Jahr 2014 waren davon 424 Menschen betroffen – wurden den Betroffenen etwa 350.000 Euro entzogen. Darüber hinaus war und ist das KJC bei der Einrichtung vieler Ein Euro Jobs sehr ‚kreativ‘. Besonders problematisch sind dabei Jobs für Akademiker in Bibliotheken, Archiven, Kulturvereinen und Cafés. Sie sind weder zusätzlich, noch dienen sie der Qualifizierung, wie vom Gesetz gefordert.

Der Landkreis beteiligt sich an dem Projekt „Bürgerarbeit“. Grundgedanke dieses Projekts ist repressiver Zwang. "Nur wer arbeitet, soll auch essen." Bis zu 3 Jahre arbeiten die Teilnehmer für einen Hungerlohn von 900 Euro Brutto (!). Der Stundenlohn von 7,15 Euro liegt unter dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und unter den Tariflöhnen in den ausgewählten Tätigkeitsbereichen.

DIE LINKE fordert:

- Kein Zwang zur Annahme eines Ein-Euro-Jobs oder „Bürgerarbeitsplatzes“
- Keine Hausdurchsuchungen bei Betroffenen zur Beurteilung der Lebensumstände
- Den Fachbeirat zur Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze paritätisch mit Betroffenen und Vertretern von Parteien und Verbänden besetzen (Bislang ist kein Betroffener in diesem Gremium vertreten)

- Job-Tickets für alle Personen, die in Ein-Euro-Jobs und in Bürgerarbeit tätig sind
- Die tatsächlichen Kosten der Unterkunft vollständig übernehmen

Sanktionen bei Hartz IV aussetzen

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) stellte mehrfach fest, der Staat ist zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums verpflichtet. Umstritten ist, ob die derzeitigen Hartz-IV-Regelsätze ausreichen dieses menschenwürdige Existenzminimum zu sichern. Unstrittig ist, dass eine Kürzung oder ein vollständiger Wegfall der Leistungen ein menschenwürdiges Dasein nicht gewährleistet.

Diese Kürzungen führt auch das KJC durch, um tatsächliches oder vermeintliches Fehlverhalten von Erwerbslosen zu bestrafen. Bereits bei kleineren Regelverstößen, etwa verpasste Termine im KJC, werden die Leistungen stufenweise abgesenkt. Schreibt ein Hartz-IV-Empfänger nicht genügend Bewerbungen oder wird ein Ein-Euro-Job abgelehnt, ist dies bereits eine schwere Pflichtverletzung. Bei Wiederholung wird der komplette Regelsatz gestrichen. Unter-25-Jährige trifft es noch härter: Ein einmaliger Regelverstoß genügt, um die Zahlungen einzufrieren. Das heimische KJC führt in Hessen die „Hitliste“ mit den Sanktionen an. Durchschnittlich 28,7 Prozent der Regelleistungen werden vom KJC gekürzt. Hessenweit sind es lediglich 19 Prozent. Insgesamt verhängte das KJC im Jahr 2014 Strafen in Höhe von fast 400.000 Euro.

Das Sozialgericht Gotha hält diese Praxis für verfassungswidrig, weil sie die Menschenwürde der Betroffenen antastet. Das Gericht ist der Auffassung, dass die im Sozialgesetzbuch II festgeschriebenen Sanktionsmöglichkeiten der Jobcenter gegen mehrere Artikel des Grundgesetzes verstoßen. Deshalb leitete das Gericht den Sachverhalt dem BVerfG einer grundsätzlichen Prüfung zu. DIE LINKE im Kreistag forderte, bis zur Entscheidung des BVerfG die Sanktionspraxis auszusetzen. Dagegen: SPD, CDU, GRÜNE, FW, FDP

DIE LINKE fordert:

- Sanktionen durch das KJC bis zur Entscheidung des BVerfG auszusetzen.

Soziales Netz für Arme ausbauen

Nicht nur im Bereich Hartz-IV sind die Regelsätze zu niedrig. Die Leistungen der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit“, die Sozialhilfe oder die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes reichen vorne unten hinten nicht für ein menschenwürdiges Leben. Für Nahrungsmittel und Getränke sehen die Regelsätze derzeit 141 Euro im Monat vor. Damit ist weder eine gesunde Ernährung möglich, noch sind besondere Ernährungsbedürfnisse bei verschiedenen Krankheiten zu befriedigen. Zusätzliche Hilfen sind notwendig.

Die „bürgerschaftlichen Projekte“ wie die Tafeln, die Essen an arme Menschen verteilen, können dies nicht auffangen. Wer die Tafeln in Kirchhain, Gladenbach, Wetter und Bad-Endbach aufsuchen will, muss unter Umständen für die Fahrkarte des ÖPNV mehr aufwenden, als die erhaltenen Lebensmittel im Supermarkt kosten.

Ein öffentlich organisierter Verteildienst, durch den Ortsteile und Gemeinden erreicht und Nahrungsmittel an bedürftige Menschen verteilt werden, kann als Nothilfe die Versorgung armer Menschen mit Lebensmitteln sicherstellen.

Kulturelle Teilhabe und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist für ein menschenwürdiges Dasein unverzichtbar. Die Realität sieht für arme Menschen im Landkreis jedoch anders aus. Nicht einmal 25 Euro sind im Monat in den Regelleistungen für „fremde Verkehrsdienstleistungen“, sprich Fahrkarten, vorgesehen. Wer eine kulturelle Veranstaltung in Marburg besuchen möchte und zum Beispiel in Steffenberg-Niedereisenhausen wohnt hat schlechte Karten. Eine einfache Fahrt kostet 4,55 Euro. Wobei die Frage, ob eine Rückfahrt nach der Veranstaltung möglich ist, noch nicht beantwortet wird.

DIE LINKE fordert seit 15 Jahren vergeblich einen „Kreispass“ oder eine „Social Card“ mit denen armen Menschen den ÖPNV zum Nulltarif nutzen können, bei kulturellen Angeboten im Landkreis das Eintrittsgeld ganz oder teilweise erlassen wird, kostenfrei VHS-Kurse besucht werden können oder freier Eintritt zu Schwimmbädern möglich wird.

DIE LINKE fordert:

- Kreispass für arme Menschen einführen, unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen
- Nachhilfe für arme Kinder unabhängig von Noten finanzieren
- Kreisweit kostenloses Mittagessen für Kinder organisieren
- Kooperationen mit Sport- und Kulturvereinen, Musikschulen und ähnlichen Einrichtungen eingehen, um auch armen Kindern Teilhabe zu ermöglichen.

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Umweltschutz: Natürliche Lebensgrundlagen erhalten

Umweltschutz ist Staatsziel: Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung (Artikel 20a GG)

Naturschutz

Die nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen im Interesse künftiger Generationen ist Aufgabe des Naturschutzes. Nur ein funktionstüchtiger und leistungsfähiger Naturhaushalt kann die Lebensgrundlage künftiger Menschen bilden. Ein umfassender Schutz des Bodens, des Grund-, Oberflächen- und Trinkwassers, des Klimas und der Biotop- und Artenvielfalt ist hierzu unerlässlich. Diese Aussage gilt global, wie lokal.

Innerhalb der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist dieser

Schutz nur sehr eingeschränkt möglich. Der Sachzwang, Rohstoffe aus der Erde zu extrahieren, kann durch Gesetze nicht aufgehoben werden. Wachstum und die Vermehrung abstrakten Reichtums in Form von Geld dominieren die Nutzung der natürlichen Umwelt.

Zerschnittene Landschaften, versiegelte Böden, Schadstoffeinträge in Luft und Gewässer und zerstörte Biotope führen auch im heimischen Raum zu einem fortschreitenden Verlust der biologischen Vielfalt. DIE LINKE unterstützt Akteure im heimischen Landkreis, die alternative Modelle zur gegenwärtigen Naturzerstörung entwickeln und umsetzen wollen.

DIE LINKE fordert:

- Ausweitung und Vernetzung von Schutzgebieten im Landkreis
- Erhalt der Regenerationsfähigkeit des Naturhaushaltes im Landkreis
- Naturschutz organisatorisch als Querschnittsaufgabe in der Kreisverwaltung etablieren
- Berücksichtigung von ökologischen Kriterien bei der Vergabe von Aufträgen aus öffentlicher Hand
- So weit wie möglich ausschließlich nachwachsende Rohstoffe im Beschaffungswesen der Kreisverwaltung berücksichtigen
- Umfassendes Informations- und Beteiligungssystem für Bürger_innen für Umwelt- und Naturschutzverbände kreisweit aufbauen

Tierschutz

Seit 2002 ist auch Tierschutz im Grundgesetz verankert. An den katastrophalen Bedingungen der Tiere in Massentierhaltung oder in den Laboren der Lifestyle- und Pharmaindustrie hat sich wenig bis nichts geändert. Im Tierschutzgesetz ist sogar vom „Schutz der Mitgeschöpfe“ die Rede, ohne dass den Bemühungen um deren Schutz, durchschlagender Erfolg beschieden wäre. Die Kompetenz des Landkreises ist beim Tierschutz begrenzt. Dennoch gibt es Handlungsmöglichkeiten.

DIE LINKE fordert:

- Konsequente Kontrolle der Vorgaben in der Tierhaltung durch die Kreisorgane
- Konsequente Kontrollen im Bereich der Tierversuche
- Netz von kleineren lokalen Schlachthöfen aufbauen
- Kreistag und Kreisausschuss sollen sich zusammen mit den Kreisgemeinden über die Kommunalen Spitzenverbände für ein Tierschutzsiegel auf Lebensmitteln und Kosmetika, ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine und ein Verbot von Qualzucht und Amputationen einsetzen

Biologische Vielfalt

Auch auf der Ebene des Landkreises muss der Erhalt der biologischen Vielfalt in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Angesichts der finanziellen Situation ist

dies nur mit Unterstützung der Bundes- und Landesebene zu erreichen. Mit den Städten und Gemeinden im Landkreis ist eine Kooperation anzustreben, um die biologische Vielfalt im Landkreis zu erhalten.

DIE LINKE fordert:

- Unterstützung und Mitarbeit beim Ausbau von Biotopverbundsystemen und Schutzgebietsnetzen im Landkreis
- Maßnahmen zum Artenschutz und zur Erhaltung der genetischen Vielfalt der Arten in einem kommunalen Artenschutzprogramm in Verbindung von Hochwasserschutz, Naturschutz und Erholungsfunktion (z.B. durch Maßnahmen der Wasserrückhaltung und Retentionsflächenausweitung) auf Kreisebene entwickeln
- Beitritt zum kommunalen „Bündnis für biologische Vielfalt“

Boden, Wasser, Luft

Die Böden im Landkreis sind stellenweise durch Schadstoffe stark belastet. Daher ist es notwendig - in enger Abstimmung mit dem Land Hessen – dieses Problem entschlossen anzugehen. Bei begründetem Verdacht auf Kontamination sind die Flächen zeitlich und räumlich engmaschig zu beproben. Es kann nicht sein, dass grenzwertüberschreitende Konzentrationen von Schadstoffen in Gemüsen oder Futtermitteln vom Kreisausschuss achselzuckend zur Kenntnis genommen werden, ohne den ernsthaften Versuch zu unternehmen, einen Verursacher zu ermitteln.

Stellenweise sind im Landkreis noch Hinterlassenschaften aus dem 2. Weltkrieg zu finden. So finden sich im Wald bei Cölbe an vielen Stellen Blindgänger, die eine erhebliche Gefährdung der Bevölkerung darstellen. Zudem sind trotz großer Anstrengungen die Hinterlassenschaften der Munitionsherstellung in Stadtallendorf noch nicht restlos beseitigt. In beiden Fällen ist das Land Hessen in der Pflicht, die Gefährdung abzustellen.

DIE LINKE fordert:

- Zeitnahe Information und Aufklärung der Bevölkerung bei Schadstoffbelastungen im Boden
- Druck auf das Land Hessen, Hinterlassenschaften aus dem 2. Weltkrieg endgültig zu beseitigen
- Zeitlich und räumlich engmaschige Beprobung bei Verdacht auf Schadstoffeintrag
- Konsequente Überwachung des Einsatzes von Pestiziden und Herbiziden in der Landwirtschaft

Saubere Luft ist Voraussetzung für menschliches Leben. Eine Überwachung der Schadstoffe in der Luft – von den Feinstäuben bis zu den Stickoxiden – ist geboten und notwendig. Hierfür sind in aller Regel die Hessische Landesregierung und ihre Behörden zuständig. Anlassbezogen muss jedoch auch der Landkreis tätig werden. So gilt es, dem übermäßigen Einsatz von Pestiziden und Herbiziden in der

Landwirtschaft ebenso entgegenzutreten, wie dem Eintrag von Schadstoffen durch das verarbeitende Gewerbe. Das Beispiel Marburger Rohstoffverwertung MRV zeigt deutlich, dass anlassbezogenes Eingreifen der Kreisorgane notwendig ist.

Die Schadstoffbelastungen durch Verkehrsmittel mit Verbrennungsmotoren werden im Kapitel Verkehr thematisiert.

DIE LINKE fordert

- Konsequenter Einsatz von Kreisausschuss und Kreistag für eine Beendigung der Emissionen durch die MRV

Die Versorgung mit Trinkwasser ist ein Menschenrecht. Dennoch wird Wasser wie jede andere Ware auch gehandelt. Derzeit versucht der Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMV), ein kommunales Unternehmen im Besitz von 27 Städten und drei Landkreisen, darunter der Landkreis Marburg-Biedenkopf, durch den Verkauf von Wasser aus dem Burgwald in das Rhein-Main-Gebiet, ein schönes Zusatzgeschäft abzuschließen.

DIE LINKE unterstützt die BI „Rettet den Burgwald“ bei dem Versuch, dieses Geschäft zu verhindern. Solange im Rhein-Main-Gebiet eine ausreichende Anzahl Grundwasserbrunnen vorhanden ist, ist das Vorhaben des ZMV abzulehnen.

DIE LINKE fordert:

- Kein Verkauf von heimischem Grundwasser in das Rhein-Main-Gebiet

Abfall, Abwasser

Am nachhaltigsten sind Abfälle und Abwässer, die erst gar nicht entstehen. Lassen sich Abfälle und Abwässer nicht vermeiden, sind sie wiederzuverwerten. Eine sichere Endlagerung kann nur eine allerletzte Notlösung sein. Eine Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft anhand dieser Kriterien, kann die Verträglichkeit der menschengemachten mit natürlichen Kreisläufen bewirken. Grundsätzlich darf der Gebrauch von Rohstoffen und chemischen Erzeugnissen natürliche Prozesse und Senken nicht überlasten.

Der Landkreis kann in seinem Verantwortungsbereich viele Maßnahmen für eine konsequente Vermeidung und Reduzierung von Abfall anschieben. Als Arbeitgeber, Auftraggeber, Verantwortlicher bei Veranstaltungen oder als Eigentümer von Liegenschaften kann er Abfalltrennung forcieren, Mitarbeiter_innen zur Abfallvermeidung motivieren oder Vertragspartner zu nachhaltigem Umgang mit Abfall verpflichten.

Informations- und Aufklärungskampagnen bei der Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ist ein weiteres, ergiebiges Betätigungsfeld.

DIE LINKE fordert:

- Weitere konsequente Minimierung der Umweltbelastungen im Abfallbereich
- Optimierung der getrennten Erfassung der Abfallfraktionen
- Nutzung von Biogas zur organischen Resteverwertung
- Schaffung besonderer Vorkehrungen zur Entsorgung von (H)-FCKW und (H)-FKW
- Ausbau der Abfallberatung im Landkreis

Klimaschutz: Global denken – lokal handeln

Nur noch Ignoranten bestreiten, dass das Verbrennen von fossilen Brennstoffen, wie Kohle und Öl, einen signifikanten Einfluss auf die Oberflächentemperatur der Erde ausübt. Es gibt eine vom Menschen gemachte Erderwärmung mit weitreichenden Folgen für das Weltklima. Steigende Meeresspiegel, schmelzende Gletscher und die Zunahme von Wetterextremen wie Überschwemmungen, Stürme und Dürren sind Realität. Die Lebensgrundlagen von Menschen in vielen Regionen der Welt sind bedroht. Unter den sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels leiden zuallererst die Armen. Das gilt für Geringverdienerinnen und -verdiener in Industrieländern wie Deutschland, aber insbesondere für große Teile der Bevölkerung in Entwicklungsländern. Die ersten Klimaflüchtlinge stehen bereits an den europäischen Grenzen.

Um die Erderwärmung in beherrschbaren Grenzen zu halten, muss das Wachstum des globalen Treibhausgas-Ausstoßes noch in diesem Jahrzehnt gestoppt werden. Danach müssen die Emissionen kontinuierlich sinken. Zahlreiche Studien belegen, dass ein Umsteuern technisch möglich und angesichts der dramatischen Folgen der Erderwärmung ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft ist.

Globale ziele können nur durch lokales Handeln erreicht werden. DIE LINKE forderte seit ihrem Einzug in den Kreistag immer wieder mit Anträgen zur Verkehrsplanung, der Energiegewinnung, dem Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen und mit einem Forderung Antrag dem Klimabündnis beizutreten, diese lokale Herausforderung auf Kreisebene anzunehmen. Inzwischen sind diese Ziele Grundlage der offiziellen Kreispolitik:

- Die Treibhausgasausstöße werden bis zum Jahr 2050 um 95 % gegenüber dem Jahr 1990 gesenkt.
- Die Energieversorgung wird zu 100 % aus Erneuerbaren Energien aus eigenen regionalen Potenzialen gedeckt, wobei für Strom und Wärme die Umstellung bis 2040 erfolgt und für die Mobilität bis 2050.
- Der Endenergiebedarf, der innerhalb des Kreises benötigt wird, wird bis zum Jahr 2050 um 50 % gegenüber dem Jahr 1990 gesenkt.
- Für die einzelnen Bereiche gibt es beim Endenergiebedarf bis zum Jahr 2050 Einsparungen von 30 % Strom (traditionelle Anwendungen), 50 % Wärme und 70 % Mobilität.

Handlungsfelder:

Ob der Landkreis diese Ziele erreichen wird, hängt davon ab, welche Maßnahmen auf Kreisebene ergriffen werden. Zunächst sind die Handlungsfelder zu benennen, auf denen der Landkreis beim Klimaschutz tätig werden kann. DIE LINKE fordert Maßnahmen und konkrete Schritte für den Klimaschutz in diesen Handlungsfeldern:

DIE LINKE fordert eine Reduktion der Treibhausgase durch:

- Die organisatorische Absicherung des Klimaschutzes als Querschnittsaufgabe der Kreisverwaltung
- Einsparung, Effizienzsteigerung und rationelle Nutzung von Energie sowie den Aufbau eines regenerativen Energiesystems.
- eine lokale Verkehrspolitik, die eine Minderung des motorisierten Verkehrs verfolgt und klimaverträgliche Mobilität fördert und belohnt.
- eine Stadt- und Regionalentwicklungsplanung, welche die Ziele aus dem Energie- und Verkehrsbereich vorausschauend und konsequent umsetzt
- die Berücksichtigung des Klimaschutzes in den Bereichen Beschaffung, Entsorgung sowie auch in der Land- und Forstwirtschaft und im Tourismus.
- Einbindung von Privathaushalten sowie öffentlichen und privaten Betrieben in die Klimaschutzbemühungen, Berücksichtigung und Partizipation der verschiedenen sozialen Gruppen.
- Bürgerbeteiligungsprozesse auf Kreisebene anzustoßen, um kreisweite Lokale-Agenda-21-Gruppen zu den Themen Partnerschaften mit indigenen Völkern, Erhalt der biologischen Vielfalt, neue Lebens- und Wirtschaftsweisen, Mobilität, Konsumverhalten und Lebensstile zu etablieren
- Verzicht auf Stoffe, die die Ozonschicht schädigen und den Klimaschutzzielen entgegenstehen.

Organisatorische Absicherung Klimaschutz

Um die Klimaschutzziele zu erreichen hat der Landkreis ein „Integriertes Klimaschutzkonzept“ und einen „Masterplan 100% Klimaschutz“ erarbeiten lassen. Bede Projekte wurden vom Bundesumweltministerium mit jeweils rund 400.000 Euro gefördert. Im Zuge der Abwicklung des Projektes „Integriertes Klimaschutzkonzept“ wurde die Stelle einer „Klimaschutzmanager_in“ beim Fachbereich „Ländlicher Raum und Verbraucherschutz“ eingerichtet.

Um die ehrgeizigen Klimaschutzziele des Landkreises tatsächlich zu erreichen, ist diese Maßnahme bei weitem nicht ausreichend. Eine Stabsstelle „Klimaschutz“ mit mindestens vier Mitarbeiter_innen ist notwendig, um die vielfältigen Aufgaben in den verschiedenen Handlungsfeldern zu koordinieren. Die finanziellen Mittel für den kommunalen Klimaschutz müssen aufgestockt und von den Zufälligkeiten einer Projektfinanzierung abgelöst werden.

Da kommunaler Klimaschutz kein spezifisches Problem des Landkreises Marburg-Biedenkopf ist, sondern in allen Kommunen der Bundesrepublik ein

Thema ist, sollte der Landkreis dem „Klimaschutzbündnis“ beitreten, um über den Austausch mit anderen Kommunen schneller und effektiver seine Klimaschutzziele erreichen zu können.

DIE LINKE fordert:

- Einrichtung einer Stabsstelle Klimaschutz
- Deutliche Aufstockung der Haushaltsmittel für den Klimaschutz
- Beitritt zum „Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V.“

Lokale Agenda 21 auf Kreisebene

„Global denken – lokal handeln“ ist das Motto der Lokale Agenda 21. Die Lokale Agenda 21 setzt einen Handlungsrahmen, um eine Gemeinde, eine Stadt, einen Landkreis oder eine ganze Region in Richtung Nachhaltigkeit entwickeln soll. Vorbild für diese kommunalen Handlungsprogramme ist ein 1992 von damals 178 Mitgliedsstaaten der UNO verabschiedetes globales Programm, die Agenda 21.

Im Kapitel 28 des Dokumentes heißt es: „Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der in der Agenda enthaltenen Ziele. [...]

Bis 1996 soll sich die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozess unterzogen und einen Konsens hinsichtlich einer ‚lokalen Agenda 21‘ für die Gemeinschaft erzielt haben.“

Tatsächlich entstanden bundesweit und auch im Landkreis zahlreiche Gruppen der Agenda 21. Diese entwickelten spezifische Leitbilder und Sätze von Indikatoren für die je eigene Kommune, mit denen die Fortschritte in der Entwicklung gemessen werden konnten. Viele Bürger_innen engagierten sich mit großem Einsatz in diesen Gruppen. Als sich herausstellte, dass die Leitbilder von der praktischen Politik nicht berücksichtigt wurden, erlahmte das Interesse vieler Menschen schnell.

Sollen Bürger_innenbeteiligung und Nachhaltigkeit in der praktischen Politik des Landkreises tatsächlich einen hohen Stellenwert einnehmen, geht kein Weg an einem Beteiligungsprozess „Lokale Agenda 21 Marburg-Biedenkopf“ vorbei. Die Kreisorgane sollten in einer Selbstverpflichtung die zu entwickelnden Leitbilder als verbindliche Handlungsempfehlung akzeptieren. Der Fachdienst „Bürgerbeteiligung“ im Fachbereich „Büro der Landrätin“ soll den Beteiligungsprozess unterstützend begleiten. Bestehende Gruppen der Agenda 21 sind in diesen Prozess einzubeziehen.

DIE LINKE fordert:

- Beteiligungsprozess „Lokale Agenda 21 Marburg-Biedenkopf“ einrichten
- Satz von Nachhaltigkeitsindikatoren auf Kreisebene entwickeln

Weitere Maßnahmen

Weitere Maßnahmen aus dem Handlungsfeld Klimaschutz finden sich in den Kapiteln zu Energie, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz und Landwirtschaft.

Energieversorgung

100 Prozent Erneuerbare bis 2050

Die Notwendigkeit einer Energiewende ist unbestritten. Die Forderung von Anna Hofmann und Georg Fülberth - seit 2001 im Kreistag erhoben -, den Landkreis zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen zu versorgen, wurde lange belacht. Bis der Kreistag 2007 beschloss, bis 2050 den gesamten Energieverbrauch des Landkreises aus erneuerbaren Quellen zu decken. Dazu sind im Landkreis eine Erhöhung der Energieeffizienz, vermehrte Energieeinsparung und vor allem der Auf- und Ausbau von Kapazitäten der Energieerzeugung aus Solarenergie, Windkraft und Biomasse notwendig. Alle Akteure, die Energie verbrauchen, und alle Akteure, die Energie bereitstellen und anbieten sind dabei einzubeziehen.

In den Projekten „Integriertes Klimaschutzkonzept“ und „Masterplan 100% Klimaschutz“ hat der Landkreis Leitlinien und Maßnahmen entwickeln lassen, die für eine Realisierung der Energiewende im Landkreis als Grundlage dienen können. Im Internetauftritt des Landkreises werden die Informationen für die Bürger_innen, die Unternehmen im Landkreis, die Schulen und für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bereitgestellt.

Das „Klimaschutz-Team“ im Fachbereich „Ländlicher Raum“ formuliert: „Um diese Ziele zu erreichen müssen viele verschiedene Akteure an einem Strang ziehen. Wir - das Klimaschutzteam des Landkreises - vernetzen und unterstützen diese Akteure und informieren über Klimaschutzthemen. Wir verstehen uns als Koordinator und Ideengeber dieses regionalen Prozesses und begleiten den fortlaufenden Kommunikations- und Beteiligungsprozess.“ Wohl formuliert.

Wer im Haushaltsentwurf 2016 nach den konkreten Aufwendungen für die Energiewende sucht, erlebt jedoch eine herbe Enttäuschung. Die Mittel sind arg limitiert und handelnde Personen zum Teil nur befristet beschäftigt. DIE LINKE im Kreistag stellt fest: Mit großen Worten und Hochglanzbroschüren wird die Energiewende nicht erreicht. Sowohl materiell als auch ideell ist ein „Relaunch“ der Anstrengungen notwendig. DIE LINKE hält es für geboten, das „Klimaschutz-Team“ zu einer lokalen Energieagentur aufzuwerten und sowohl Personaleinsatz als auch finanzielle Mittel erheblich auszuweiten.

DIE LINKE fordert:

- „Klimaschutz-Team“ in kreiseigene Energieagentur umwandeln, die verwaltungsintern weisungsbefugt ist
- Drastische Aufstockung der Haushaltsmittel im Bereich „Energiewende“ für Aufwendungen bei Sach- und Dienstleistungen sowie Personal

- Gelungene Projekte der Energiewende (z.B. Bioenergiedorf Oberrosophe) aktiv bewerben und Nachahmung unterstützen

Der Landkreis als Verbraucher und Vorbild

Der Kreistag beschloss mit dem Haushalt 2012 ein energetisches Sanierungsprogramm für Schulen im Landkreis mit einem auf Volumen von 50 Millionen Euro, verteilt auf fünf Jahre. Dies wird von den Kreisorganen als beachtlicher Fortschritt bei der Energiewende gefeiert. Leider ist auch in diesem Fall nicht alles Gold, was glänzt. Zum einen wird der Investitionsbedarf mit der veranschlagten Summe bei weitem nicht abgedeckt. Zum anderen traten bei der Umsetzung der Maßnahmen erhebliche Probleme auf.

Im Zuge der Wärmedämmung wurde der Austausch der Innenraumlufte in einigen Fällen dermaßen eingeschränkt, dass zusätzliche Kosten für die notwendigen Lüftungs- oder Klimaanlage entstanden. Durch die Baumaßnahmen wurde in einigen Schulen das Tageslicht soweit abgeschirmt, dass auch bei Tage künstliche Beleuchtung erforderlich ist. Da auch das verwendete Dämmmaterial höchsten Ansprüchen nicht genügt lautet das Fazit: Gut gemeint, schlecht gemacht.

DIE LINKE fordert:

- Einrichtung eines separaten Haushaltstitels für Investitionsmaßnahmen zur Energieeinsparung
- Systematische Überprüfung aller kreiseigenen Gebäude und Einrichtungen auf mögliche Maßnahmen zur Energieeinsparung (Wärmedämmung, Heizungsmodernisierung, Beleuchtung)
- Zügige Umsetzung der Maßnahmen nach dem neuesten Stand der Technik mit Baumaterial, das höchsten Ansprüchen genügt
- Einsatz von Solarmodulen und Kraft-Wärme-Kopplung in allen öffentlichen Gebäuden
- Nutzung innovativer Finanzierungsinstrumente (Contracting, Intracting)

Der Landkreis als Berater und Promotor

Der Landkreis soll bei den Städten und Gemeinden des Landkreises für die Ausweisung von Wärmevorranggebieten, für den Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW), für eine solare Bauleitplanung oder energierelevante Festsetzungen in Bauleitplänen werben und die Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der Maßnahmen unterstützen.

Das Energie-Beratungsangebot des Landkreises für die Bürger_innen ist auszuweiten. Es ist nicht hinreichend, wenn einmal im Jahr ein Aktionstag in Marburg veranstaltet wird. Das Beratungsangebot muss aufsuchend orientiert sein. Es ist zeitlich und räumlich auszuweiten. Zudem ist zu prüfen, ob in Zusammenarbeit mit unabhängigen Energieberatern die förderfähige „Vor-Ort-Beratung“ in das Beratungsangebot der kreiseigenen Energieagentur integriert werden kann.

Um die Bevölkerung weiter für die Energiewende zu gewinnen, die Kommunikation mit den Bürger_innen zu verbessern. Im Internetauftritt sollten interaktive Elemente einen größeren Raum einnehmen. Das Magazin ERNA sollte viermal im Jahr erscheinen, den Anteil für Eigenlob der Verwaltung zurückfahren und auf Werbung verzichten. Der Teil, der sich an Kinder und Jugendliche sollte ausgebaut und dem „Energie-Coach“ für Schulen eine eigenständige Rubrik eingeräumt werden.

DIE LINKE fordert:

- Aufsuchende Energieberatung im Landkreis
- Angebot für „Vor-Ort-Beratung“ entwickeln
- Internetauftritt und ERNA optimieren.

EAM, E.ON-Mitte, EAM oder: Geplatzte Hoffnungen

Die „Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland“ (EAM) war ein Energieversorgungsunternehmen, das sich mehrheitlich im Besitz von Städten und Landkreisen aus Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen befand. Einer der Eigentümer: Landkreis Marburg-Biedenkopf. Im Jahre 2002 verkaufte der Landkreis - gegen heftigen Widerstand der damaligen PDS-Fraktion im Kreistag – zusammen mit den anderen Kommunen einen Teil seiner Anteile an die E.ON AG. Die E.ON-Mitte war geboren.

Neben der Sanierung des Kreishaushaltes wurden erhebliche Synergieeffekte für die Energieversorgung im Landkreis in Aussicht gestellt. Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Arbeitsplätze waren Argumente, denen sich eine Mehrheit im Kreistag nicht verschließen wollte. Etwas mehr als 10 Jahre später ist die E.ON AG ihrer Tochter E.ON-Mitte überdrüssig. Die ehemaligen Eigentümer – der Landkreis Marburg-Biedenkopf und andere - kaufen ihre Anteile zurück und erwerben darüber hinaus sämtliche Anteile der E.ON AG an der E.ON-Mitte. Das Unternehmen heißt jetzt wieder EAM – mit neuer Bedeutung: „Energie aus der Mitte“.

Diesmal waren nicht „Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Arbeitsplätze“ die wesentlichen Argumente für den Handel, sondern „Rekommunalisierung“ und „Energiewende“. Und der Kreistag hegte wieder Erwartungen. Eine Unternehmenscharta sollte verabschiedet werden, „die ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit für kommende Generationen anstrebt, die Energieversorgung im Netzgebiet zu 100% aus erneuerbaren Ressourcen der Region sicherstellt und die Wertschöpfung weitestgehend in der Region erhält“. Der aktive Aufbau einer Stromproduktion aus erneuerbaren Energien, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, eine Beteiligung von Stadtwerken und Bürger_innen an der neuen EAM waren ebenfalls im Beschlussvorschlag des Kreistages (Lfd.Nr. 277/2013 KT) vorgesehen.

Welche Punkte dieser Passage des Beschlussvorschlages wurden verwirklicht?
Keine. Somit fällt das bisherige Fazit der „Rekommunalisierung“ der EAM enttäuschend aus. Die Geschäftsleitung der „neuen“ EAM – dieselbe wie zuletzt bei E.ON-Mitte - setzt das Geschäftsgebaren von E.ON-Mitte nahtlos fort. Es ist an der Zeit dieses zu verändern.

DIE LINKE fordert:

- Den Beschluss des Kreistages (Lfd.Nr. 277/2013 KT) konsequent umzusetzen
- Verhandlungen mit der Stadt Marburg über Beteiligung an Stadtwerken Marburg aufnehmen
- Beteiligung an EAM mit Blick auf kreiseigene Ziele überprüfen

Energiewende sozial gestalten

Die Energiepreise steigen seit Jahren, während die Realeinkommen vieler Haushalte zurückgehen und der Stromkostenanteil zum Beispiel im Hartz IV-Regelsatz stagniert. Für Haushalte mit geringem Einkommen sind die Energiekosten untragbar. Energiearmut breitet sich seit Jahren in Deutschland aus. Die Zahl der Stromsperrern in der Bundesrepublik steigt kontinuierlich an. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf bleibt von dieser Entwicklung nicht verschont.

Die Energieversorger – auch in kommunalem Eigentum - lassen nichts unversucht, den erneuerbaren Energien die Schuld für steigende Energiekosten in die Schuhe zu schieben. Sie behaupten, die so genannte EEG-Umlage treibe die Stromkosten in die Höhe. Die EEG-Umlage ist – sehr vereinfacht beschrieben – ein finanzieller Ausgleich für die Verpflichtung, Strom aus erneuerbaren Quellen vorrangig in die Netze einzuspeisen. Fakt ist jedoch: Die EEG-Umlage macht nur einen Bruchteil der Preissteigerungen bei den Stromtarifen aus. Fakt ist weiterhin, dass die Berechnung der EEG-Umlage den tatsächlichen Verhältnissen an den Energiebörsen nicht gerecht wird und die Stromerzeugung aus atomaren und fossilen Quellen eindeutig bevorzugt.

Auf Bundesebene ist eine effektive, staatliche Aufsicht über das Endkundengeschäft mit Strom einzuführen. So wird verhindert, dass die Stromanbieter bei Verbraucher_innen Sonderprofite abkassieren. Dieser Aufsicht ist ein Beirat mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbraucher-, Umwelt- und Sozialverbänden zur Seite zu stellen. Um Unternehmen angemessen an den Kosten der Energiewende zu beteiligen werden unberechtigte Privilegien beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), bei der Ökosteuern, bei Netzentgelten und beim Emissionshandel gestrichen. Auch eine Senkung der Stromsteuer entlastet die Verbraucher_innen

Zudem sollte jeder Haushalt ein kostenloses Grundkontingent an Strom erhalten, das sich nach der Größe des Haushalts richtet. Der Stromverbrauch, der über diesen Sockelbetrag hinausgeht, wird teurer. So soll eine Grundversorgung mit Strom sichergestellt und die Verschwendung von Energie eingedämmt werden.

Stromsperrern für Privathaushalte wegen Zahlungsunfähigkeit sind gesetzlich zu verbieten. Mehr als 300.000 Abklemmungen pro Jahr in Deutschland sind unhaltbar. Die Versorgung mit Strom ist eine Voraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

DIE LINKE fordert:

- Kreistag und Kreisausschuss setzen sich über die kommunalen Spitzenverbände für eine Erhöhung der Regelsätze im SGB II und SGB XII ein

- Kreistag und Kreisausschuss setzen sich über die kommunalen Spitzenverbände für eine soziale Ausgestaltung der Strompreise ein
- Kreistag und Kreisausschuss verhandeln mit den lokalen kommunalen Stromanbietern (EAM, Stadtwerke Marburg) über Sozialtarife
- Beratung und Kostenübernahme im Falle von Stromsperrern

Konflikt (1): Naturschutz vs. Windkraft

Immer wieder kommt es im Landkreis zu Konflikten zwischen Interessenvertreter_innen des Natur- und Landschaftsschutzes und den Interessenvertreter_innen eines notwendigen Zubaus an Windkraftanlagen. Der Zubau an Windkraftanlagen ist notwendig, weil ohne diesen Zubau das Ziel des Landkreises, bis 2050 die Energieversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu decken, nicht erreicht werden kann.

Positionspapiere des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zeigen, dass ein naturverträglicher Ausbau der Windkraft nicht nur denkbar, sondern auch möglich ist. Der Austritt des BUND-Mitbegründer Enoch zu Guttenberg (nach eigenen Angaben Musiker, Kämpfer, Enthusiast) aus dem Verband zeigt allerdings auch, wohin es führt, wenn das Sachproblem „Naturschutz vs. Windkraft“ von sachfremden Motiven und Interessen überlagert wird.

Um diesen Sachkonflikt zu lösen, ist es notwendig, für den Landkreis ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, in dem die notwendigen Kapazitäten für die Bereiche Windkraft, Photovoltaik, Solarthermie und Biomasse benannt werden. Aus den benötigten Kapazitäten lassen sich Anzahl und die notwendige Leistung der neu zu bauenden Windkraftanlagen berechnen. In einem offenen und transparenten Verfahren unter Beteiligung der Bürger_innen des Landkreises können die notwendigen Standorte unter Berücksichtigung der Vorgaben des Regionalplanes und der Belange des Natur- und Landschaftsschutzes bestimmt werden.

DIE LINKE fordert:

- Notwendige Energieerzeugungskapazitäten für den Landkreis in einem transparenten Verfahren festlegen
- Notwendige Standorte für Windkraftanlagen im Landkreis in einem beteiligungsorientierten Verfahren festlegen
- Planungsinstrument Bürgergutachten/Planungszelle in die Planungsprozesse einbeziehen

Konflikt (2): Tank vs. Teller

Im heimischen Landkreis konkurrieren Landwirte mit anderen Landwirten um die Bewirtschaftung von Ackerflächen. Landwirte, die Mais als Futter für Biogasanlagen anbauen, konkurrieren mit Landwirten die Weizen, Gerste oder Hafer als Futter für Mensch und Tier anbauen. Derzeit haben die Maisanbauer die Nase weit vorn, weil lukrative Verträge mit Biogasanlagenbetreibern ihnen weit höhere finanzielle Erträge sichern, als ihren Berufsgenossen, die für Mensch und Tier arbeiten.

Biogasanlagen, ursprünglich als ideale Resteverwertung für organischen Abfall jeder Art konzipiert, entwickeln sich zur regelrechten Landplage. Kleine, dezentrale Anlagen, nach dem modernen Prinzip der Trockenfermentation betrieben, können die Bioabfälle aus der direkten Nachbarschaft verwerten und umweltfreundlich Wärme und Kompost liefern.

Das eiserne Gesetz des Kapitalismus gilt jedoch auch für Biogasanlagen: Es kommt nicht darauf an, etwas Sinnvolles zu produzieren, sondern es kommt darauf an, dass eingesetztes Geld (Kapital), so schnell wie möglich mehr Geld (Kapital) heckt. Und bei der Geldvermehrung können kleine Biogasanlagen mit großen Biogasanlagen halt nicht mithalten. Der Haken: Es gibt nur selten genügend Bioabfälle um große Anlagen zu betreiben. Deshalb müssen Pflanzen angebaut werden, viele Pflanzen, um die Biogasanlagen zu füttern.

Die Konsequenz: Mais-Monokulturen wohin man schaut. Mit allen schädlichen Nebenwirkungen. Die Bodenverdichtung nimmt zu. Da kein Futtermittel, darf eine höhere Ration von Pflanzenschutzmitteln gespritzt werden. Zudem werden große Anlagen im so genannten „Nassverfahren“ betrieben. Es entsteht Klärschlamm, der entsorgt werden muss. Hin und wieder wird der Klärschlamm als Düngemittel auf Felder verwandt. Das Problem: Die Bedingungen in den Vergärungsanlagen der Biogasanlagen sind nicht nur für die „guten Bakterien“, die Abfall in Methan verwandeln günstig, sondern für Keime jedweder Art nahezu ideal. Werden biologische Abfälle – inklusive toter Tiere – aus Massentierhaltung in die Biogasanlagen eingebracht, besteht die Gefahr, dass sich in diesen Anlagen gefährliche Krankheitserreger vermehren.

So wird aus der an sich guten Sache Biogasanlage eine Gefahr für Mensch und Umwelt. Das ist Kapitalismus pur.

DIE LINKE fordert:

- Biogasanlagen nur mit organischen Reststoffen betreiben
- Genehmigungen für „Nassfermentationsanlagen“ nur unter strengsten Auflagen erteilen

Verkehr

Verkehr verkehrt

Der Beitrag „Mobiles Hessen 2020“ auf der Internetseite des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung wird mit diesen Worten eingeleitet:

„Die Mobilität von Personen und Gütern hat entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eines Landes. Eine intakte und funktionierende Verkehrsinfrastruktur zählt zu den wichtigsten Standortfaktoren und prägt maßgeblich die internationale Wettbewerbsfähigkeit.“

Wer bei „Mobilität“ zuerst an Standortfaktor und internationale Wettbewerbsfähigkeit denkt, wird bei „Verkehr“ zuallererst an Auto und Straßenverkehr denken. Die derzeitige Verkehrs-, Wirtschafts-, Bau-, Regional- und Stadtentwicklungspolitik läuft in die verkehrte Richtung, weil stillschweigend vorausgesetzt wird: Je mehr Mobilität - und dies wird übersetzt mit Verkehr - desto mehr wirtschaftlicher Erfolg, desto mehr Lebensqualität und desto mehr Wohlergehen für die Bürger wird es geben. Die Lebenswirklichkeit widerlegt diese Annahme eindeutig.

Die negativen Folgen des Ist-Zustandes beim Thema Mobilität wie Lärm, Abgase, Flächenverbrauch, Todesopfer und Verletzte oder das Verfehlen von Reduktionszielen beim Ausstoß von klimaschädlichen Gasen sind auch im Landkreis Marburg gegenwärtig. „Wer Straßen baut, wird Autoverkehr ernten“, diese Weisheit der Verkehrsplaner sollte auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf berücksichtigt werden. DIE LINKE lehnt daher einen Weiterbau der A 49 ab.

DIE LINKE fordert:

- Unnötigen Verkehr vermeiden
- Notwendigen Verkehr auf umweltverträgliche Verkehrsträger verlagern
- Belastungen von Mensch, Natur, Umwelt und Klima durch notwendigen Verkehr minimieren
- Kein Weiterbau der A 49
- Kreisweites Gesamtkonzept zum Erreichen dieser Ziele entwickeln und umsetzen
- Selbstverpflichtung der Kreisorgane die Gründung einer AG Verkehr der Lokalen Agenda 21 auf Kreisebene anzustoßen

Verkehr vermeiden

Die Lösung Verkehr vermeiden, verlagern, verträglicher machen ist bekannt und findet prinzipiell die Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung. Sollen diese allgemeinen Prinzipien in konkrete Maßnahmen gegossen werden, schwindet die Zustimmung jedoch Stück für Stück. Der Landkreis kann auf vielfältige Art und Weise dazu beitragen Wege zu vermeiden.

DIE LINKE fordert zur Verkehrsvermeidung:

- Finanzielle Unterstützung der Mitarbeiter_innen der Verwaltung bei der Nutzung des ÖPNV
- Unterstützung bei der Bildung von Fahrgemeinschaften
- Förderung und finanzielle Unterstützung von Carsharing- und Stadt-Auto-Projekten im Landkreis
- Minimierung von Behördengängen der Bürger_innen durch Ausbau der IT-gestützten Verwaltung, aber auch erweitertes Angebot in Außenstellen der Verwaltung

- Förderung und Unterstützung der Städte und Gemeinden im Landkreis bei der Stadtplanung, um unterschiedliche Nutzungen wie Wohnen, Arbeiten, Einkauf und Freizeit zu verknüpfen („Städte und Gemeinden der kurzen Wege“)
- Jedes Straßenbauprojekt daraufhin überprüfen ob es tatsächlich notwendig ist. Für die Prüfung der Notwendigkeit die Beteiligungsform Planungszelle/Bürgergutachten einsetzen
- Ausweitung der Mobilitätsberatung für Bürger_innen
- Förderung und Unterstützung bei der Entwicklung lokaler Wirtschaftskreisläufe
- Kampagne „Landkreis der kurzen Wege“ entwickeln und umsetzen

Verkehr verlagern

Wege, die nicht vermeidbar sind, sollten auf den Umweltverbund aus zu Fuß gehen, Fahrradfahren und Nutzung von Bussen und Bahnen (Öffentlicher Personennahverkehr, ÖPNV) verlagert werden. Leider ist Zustand des ÖPNV in weiten Teilen des Landkreis nur als erbärmlich zu bezeichnen.

Eine Verlagerung vieler Wege vom Auto weg, hin zum Umweltverbund, ist schlicht in vielen Städten, Gemeinden und Ortsteilen nicht möglich, da nach Einbruch der Dunkelheit der ÖPNV im Landkreis weitgehend eingestellt wird. Und auch tagsüber ist die Taktung unzureichend. An Sonn- und Feiertagen herrscht ebenfalls himmlische Ruhe. Eine grundlegende Revision des ÖPNV im Landkreis ist somit nötig, eine erhebliche Aufstockung der Mittel ebenso.

Viele Beispiele in Städten und Landkreisen in der Bundesrepublik belegen, dass das Potential für einen Umstieg auf einen attraktiven ÖPNV riesig ist. Zudem zeigt sich immer wieder, dass die Investitionen in einen attraktiven ÖPNV wesentlich niedriger sind, als die Bau-, Unterhaltungs- und Folgekosten für zusätzliche Straßen oder Parkhäuser. Vom Flächenverbrauch ganz zu schweigen.

Noch günstiger fällt die Bilanz beim Radverkehr aus. Die Hälfte aller Fahrten mit dem PKW ist kürzer als fünf Kilometer. Eine ideale Entfernung für das Radfahren.

DIE LINKE fordert zur Verkehrsverlagerung:

- Ein bedarfsgerechtes Gesamtkonzept ÖPNV für den Landkreis Marburg-Biedenkopf unter Einschluss aller Verkehrsmittel (einschließlich AST, Bürgerbusse, Ruf-Taxis, Mitfahrzentrale)
- Gemeinsamer Nahverkehrsplan von Landkreis und Stadt Marburg
- Aufnahme von Verhandlungen zwischen dem Landkreis und der Stadt Marburg mit dem Ziel, die Aufgaben aus dem § 5 des Hessischen ÖPNV-Gesetzes gemeinsam wahrzunehmen.
- Aufnahme von Verhandlungen zwischen dem Landkreis, der Stadt Marburg und den Stadtwerken Marburg mit dem Ziel einer Inhouse-Vergabe des ÖPNV im Landkreis an eine gemeinsame Betreibergesellschaft
- Verbesserung des Busangebotes, der Haltestellen, der Fahrzeuge, der Linienführung und der Fahrpreisgestaltung

- Förderung und Promotion von Aktionen zur Verkehrsverlagerung (z.B.: „Mit dem Fahrrad zur Arbeit“)
- Förderung des „sanften Tourismus“ (Radeln, Wandern)
- Besondere Berücksichtigung der Interessen der verletzlichsten Verkehrsteilnehmer_innen (Kinder, Senior_innen, Menschen mit Behinderung) bei allen Bau- und Verkehrsplanungen
- Vorrang des Umweltverbundes bei allen Bau- und Planungsvorhaben vor dem motorisierten Individualverkehr (MIV)
- Bereitstellung von Infrastruktur für Fußgänger und Radverkehr durch Abbau von KFZ-Flächen, Straßenumgestaltung, flächendeckendes Wege- und Wandernetz, flächendeckendes Radwegenetz
- Verknüpfung zwischen ÖPNV und Radfahren sicherstellen durch Abstellmöglichkeiten der Fahrräder an Haltestellen und Mitnahmemöglichkeit in den Bussen
- Mehr Bahnhöfe und Haltepunkte für den ÖPNV im Landkreis einrichten
- Machbarkeitsstudie zum Thema „Regiotram Mittelhessen /Klinikexpress“ in Auftrag geben
- Prüfung der Optionen Reaktivierung stillgelegter und Neubau von Schienenstrecken im Landkreis

Schadstoffbelastungen aus Verkehrsbewegungen verringern

Selbst wenn all diese Maßnahmen zügig umgesetzt werden, ergeben sich trotzdem Belastungen für Mensch, Natur, Umwelt und Klima. Diese Belastungen können durch technische und organisatorische Maßnahmen minimiert werden.

DIE LINKE fordert:

- Umrüstung des Fuhrparks der Kreisverwaltung auf schadstoffarme Autos
- Einsatz von Dienstfahrrädern oder E-Bikes
- Unterstützung und Beratung der Kommunen bei der Ausweitung von Tempo-30-Zonen
- Unterstützung und Beratung der Kommunen bei der Umsetzung von Shared-Space-Projekten
- Unterstützung und Beratung der Kommunen bei Aufstellung und Umsetzung von Lärmaktionsplänen

Nulltarif im ÖPNV einführen

"Wer den Nahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger immer teurer macht, ist mit sozialökologischer Blindheit geschlagen", so kommentierte Sabine Leidig (MdB DIE LINKE), verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, die jüngste Fahrpreiserhöhung der Deutschen Bahn (DB) im Nahverkehr um 2,4 Prozent.

Nicht nur die Bahn, auch der heimische RMV erhöht in schöner Regelmäßigkeit jährlich die Preise, ohne dass das Angebot sich nennenswert verbessert. Für arme Menschen ist der ÖPNV nicht bezahlbar. Sozialpässe, Social-Cards oder ähnliche Konstrukte sind zwar besser als gar keine Hilfen für arme Menschen, aber sie lösen das grundsätzliche Problem nicht.

Der ÖPNV ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. DIE LINKE tritt daher dafür ein, dass der ÖPNV zum Nulltarif angeboten wird. Die Finanzierung erfolgt aus allgemeinen Steuermitteln. Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen – wie in Frankreich – oder eine Erhöhung der Gewerbesteuer können ebenfalls als Finanzierungsquelle herangezogen werden.

Dass ein Nulltarif im ÖPNV mit guten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten einhergehen muss, ist selbstverständlich. Gute Arbeit mit guten Löhnen gehört zum guten öffentlichen Verkehr.

DIE LINKE fordert:

- Einführung eines Nulltarifs im ÖPNV
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe beim Landkreis „Schrittweise Einführung Nulltarif“ im Landkreis Marburg-Biedenkopf
- Selbstverpflichtung der Kreisorgane, sich auf allen politischen Ebenen und mit den je eigenen Mitteln für die Einführung eines Nulltarifs einzusetzen

Landwirtschaft: Wochenmarkt statt Weltmarkt

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf ist in weiten Teilen ländlich geprägt. 43 Prozent der Fläche wird landwirtschaftlich genutzt. Der Waldbestand nimmt weitere 40 Prozent der Fläche ein. Der weltweite Umbau der Nahrungsmittelerzeugung zu einem Geschäftszweig wie jeder andere, geht am heimischen Landkreis nicht spurlos vorbei. Die Konzentration und Globalisierung führt dazu, dass im Landkreis – wie deutschlandweit - die regionalen und lokalen Produktions- und Absatzkreisläufe immer stärker unter Druck geraten.

Die Machtkonzentration und Verflechtung der Chemie-, Agrar- und Biotechnologiekonzerne mit den Lebensmittelkonzernen und Handelsketten sowie der Finanzwirtschaft führt zu einer Landwirtschaft mit immer höherem Input an Chemikalien und Pestiziden, immer größerem Maschineneinsatz und Mineraldüngergaben auf Monokulturen und einer nicht mehr zuträglichen und hinnehmbaren Steigerung und Konzentration der Tierproduktion. Die Konsequenz ist eine Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Diese Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden.

DIE LINKE fordert:

- Ausbau der bäuerlichen ökologischen Landwirtschaft im Landkreis
- Wirksame Förderung der nachhaltigen, ökologischen Landwirtschaft
- Produktion und Distribution von Nahrungsmitteln aus der Region für die Region

Wesentliche Rahmenbedingungen werden auf europäischer Ebene gesetzt. Der Einfluss des Landkreises auf diese Bedingungen ist begrenzt. Dennoch sind die Kreisorgane aufgefordert, über den Landkreistag sich für wirksame Instrumente für den Ausbau einer ökologischen Landwirtschaft einzusetzen. Der Fachbereich „Ländlicher Raum und Verbraucherschutz“ in der Kreisverwaltung muss neben der fachlichen Unterstützung der bäuerlichen Betriebe verstärkt die Aufgaben Information und Aufklärung der Verbraucher_innen übernehmen.

DIE LINKE fordert Informationskampagnen zu den Themen:

- Freier Zugang zu und freie Verfügbarkeit über Saatgut
- Keine Patente auf Leben
- Beteiligungsmöglichkeiten an lokalen, demokratisch kontrollierten Saatgutssystemen

Der Aufbau neuer und die Weiterentwicklung bestehender regionaler Versorgungssysteme ist eine „Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft“ und kann nicht dem Markt überlassen werden. Denn der „Markt“ zwingt die landwirtschaftlichen Betriebe über die Konkurrenz, den Kostendruck und die Irrationalität der betriebswirtschaftlichen Logik zu einem auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene schädlichen und unerwünschten Verhalten. Der Landkreis kann bei dem Aufbau von Projekten logistische, finanzielle, juristische und kommunikative Hilfestellung leisten.

DIE LINKE fordert:

- Stärkere Unterstützung und Förderung der Direktvermarkter im Landkreis
- Weitere Selbsterntegärten einrichten
- Projekte der solidarischen Landwirtschaft anstoßen
- landwirtschaftliche Kooperativen im Landkreis fördern
- Verbrauchergenossenschaften wiederbeleben
- Verstärkte Unterstützung für bestehende und neu zu gründende Lebensmittel verarbeitende Betriebe im Landkreis

Gentechnikfreie Zone Marburg-Biedenkopf

DIE LINKE lehnt den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft ab. Die biologische Vielfalt wird dadurch gefährdet. Da gentechnisch veränderte Pflanzen unempfindlich gegenüber Pestiziden und Herbiziden sind, steigt die Gefahr, dass „Unkraut“ und „Schädlinge“ mit überhöhten Dosen dieser Mittel bekämpft werden. Die Folgen sind eine erhöhte Schadstoffkonzentration in der Luft bei den Sprüheinsätzen und eine erhöhte Gefährdung von Anwohner_innen und Anwender_innen. Eine Anreicherung von Rückständen in den Nutzpflanzen ist nicht auszuschließen.

DIE LINKE fordert:

- Gentechnikfreie Zone Landkreis Marburg-Biedenkopf

Massentierhaltung begrenzen

Massentierhaltung ist für DIE LINKE eine inakzeptable Weise der Lebensmittelproduktion. Nicht nur weil Massentierhaltung jedem Tierschutzgedanken zuwiderläuft, sondern auch weil von dem vorsorglichen Arzneimitteleinsatz in den Ställen eine erhebliche Gesundheitsgefährdung für den Menschen ausgeht. Die zunehmend auftretenden multiresistenten Keime stellen eine tödliche Gefahr dar, da sie mit bekannten Antibiotika nicht mehr bekämpft werden können. Ein weiteres Argument gegen diese Wirtschaftsweise: In Massenanlagen produziertes Billigfleisch wird in großen Mengen aus Deutschland in Entwicklungsländer exportiert. Diese Exporte zerstören über Dumpingpreise lokale wirtschaftliche Strukturen und stürzen Menschen in Not und Elend, die dann als Flüchtlinge vor den Toren Europas auftauchen und als „Wirtschaftsflüchtlinge“ diskriminiert werden.

DIE LINKE fordert:

- Keine neuen Ställe für Massentierhaltung im Landkreis
- Hilfen beim Ausstieg aus der Massentierhaltung
- Informationskampagne des Landkreises zum Ausstieg aus der Massentierhaltung
- Einsatz der Kreisorgane für besseren Tierschutz in der Landwirtschaft

Nachhaltige Forstwirtschaft

In der Forstwirtschaft wurde der Begriff „Nachhaltigkeit“ zum ersten Mal verwendet. Bei einer „nachhaltenden“ Waldbewirtschaftung, wird nicht mehr Holz geerntet, als auch wieder nachwächst. Das heutige, moderne Nachhaltigkeitsprinzip schließt vielfältige ökonomische, ökologische und soziale Komponenten mit ein. In Deutschland sind die Waldbesitzer nach den Bundes- und Landeswaldgesetzen dazu verpflichtet, ihre Wälder „ordnungsgemäß und nachhaltig“ zu bewirtschaften. Darüber hinaus ist eine naturnahe Waldbewirtschaftung anzustreben und technisches Großgerät aus den heimischen Wäldern zu verbannen.

DIE LINKE fordert:

- naturnahe nachhaltige Forstwirtschaft und pfleglichen Umgang mit dem Waldboden
- Fördermaßnahmen um Holzrücken mit Pferden an Stelle von Großmaschinen zu ermöglichen
- strenge Prüfung von Waldrodungsanträgen
- Aufstellung eines kreisweiten Katasters von Bauerwartungsland mit dem Ziel, Bauland – wenn überhaupt – nur dort auszuweisen, wo keine Bäume gefällt werden müssen.

Leben im ländlichen Raum

Kulturelle Teilhabe für Familien erhalten

Bereits vor Jahren wies DIE LINKE darauf hin, dass im Landkreis Marburg-Biedenkopf, die notwendigen Versorgungseinrichtungen für das alltägliche Leben in der Fläche wegzubrechen drohen: Arztpraxen, Post- und Bankfilialen, „Tante-Emma“-Läden oder Schulstandorte werden geschlossen. Es ist nur natürlich, dass junge Familien keine Anreize sehen, sich in der ländlichen Region niederzulassen. Die Folge sind allein lebende, häufig vereinsamte, alte Menschen und zunehmender Leerstand auf dem Lande.

Die Menschen sind gezwungen lange Wege zur Arbeit zurück zu legen, da es kaum noch Landwirtschaftliche Familienbetriebe gibt, die früher ganze Orte prägten. Kühe, Schafe und Pferde auf den Weiden im Sommer sieht man nur noch ganz selten. Das Hinterland und einige Ortsteile von Wetter sind besonders von dieser Situation betroffen. Diese kleinen Gemeinden wirken tagsüber oft völlig unbelebt (wie Geisterstädte). Es gibt keinen gemeinsamen Treffpunkt für die Menschen. Viele Gemeinden verkaufen darüber hinaus noch ihre Dorfgemeinschaftshäuser oder beheizen diese im Winter nicht, um Geld zu sparen. Das macht ein Dorfleben und eine Dorfkultur fast unmöglich.

Selbst die Kirche, die früher ein wichtiger Treffpunkt war, hat an Wertschätzung verloren. Manche Gemeinden müssen sich mittlerweile Pfarrer teilen, so dass dieser seine seelsorgerische Funktion und generelle Ansprechbarkeit für die Menschen verloren hat. Zwar gibt es im Sommer vereinzelt Feste und festverankerte kulturelle Traditionen, wie die Eckelshäuser Musiktage und die „Grenzgangfeste“, aber das sind Ausnahmeereignisse. Gerade Jugendliche, die auf Dörfern leben müssen, sind oftmals völlig gelangweilt und wissen nicht was sie mit ihrer Zeit anfangen sollen. Jugendclubs finden sich meistens nur in den nächstgrößeren Städten, aber werden auch nicht immer genutzt, da viele Jugendliche diese mit dem öffentlichen Personennahverkehr gar nicht erreichen können oder das dortige Angebot ihren Bedürfnissen nicht entspricht.

Die LINKE fordert:

- Die Wiedereinführung Seniorenbussen zu Seniorennachmittagen, aber auch anderen kulturellen Veranstaltungen
- Shuttlebusse für alle Bürger ohne Auto zu Oster- und Adventsmärkten, Autorenlesungen, Filmvorführungen, Konzerten, Chor- oder Theateraufführungen lokaler und überregionaler Gruppen oder Vereinen
- Markt-Treff-Konzepte zu entwickeln: in denen sämtliche Versorgungsangebote zusammengeschlossen werden: Postfilialen, Arztpraxen oder Lebensmitteleinzelhandel können mit kulturellen und kommunikativen Angeboten für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren kombiniert werden. Einseitig nur auf ökonomische Strukturen und Angebote ausgerichtete Markt-Treff-Konzepte sind dagegen abzulehnen.
- Die Gemeinden finanziell zu unterstützen ihre Bürgerhäuser zu erhalten oder

Grundschulen nachmittags auch für andere Zwecke nutzbar zu machen, wie gemeinsames Basteln, Frauenkreise etc. , Chöre etc.

- Einen gemeinnützigen Kulturfonds einzurichten, aus dem Kulturarbeit, Projekte und Initiativen gefördert werden können, die gemeindeübergreifende und niederschwellige Projekte für sozial und materiell benachteiligte Menschen finanziert wird. (z.B. Musicals, Hip-Hop, Tanzprojekte)
- Die Stadtbibliothek Marburg zu einer Stadt- und Kreisbibliothek mit Bücherbus zu erweitern, der alle kleinen Gemeinden, Seniorenheime, Schulen und Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge anfährt
- Die 300 Chöre im Landkreis zu „beleben“ und ihr Angebot auch für Jugendliche oder für Flüchtlinge interessant zu machen und „interkulturelle Chöre“ einzurichten

Jugend im Landkreis

Die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Zukunftsperspektiven von jungen Menschen im ländlichen Raum sind alles andere als rosig. Eine Perspektive „Bleiben“ eröffnet sich nur dann, wenn neue Chancen und Möglichkeiten für junge Männer und Frauen eröffnet werden.

Dörfer und Gemeinden müssen sich mit den Bedürfnissen ihrer Jugendlichen auseinandersetzen, und die Jugend an der Gestaltung und Zukunft ihres „Lebensraums“ mitbeteiligen. Nur wenn Jugendliche auf dem Land Anerkennung, Gestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten haben, werden sie in der Region bleiben wollen:

Im Landkreis gibt es zwar einige gute Ansätze, wie im Bereich Bildung die Einrichtung der Technischen Universität Mittelhessen am Standort Biedenkopf, oder im Bereich Mobilität die Schülerfahrkarte (Clever-Card), mit der nahezu im gesamten Landkreis kostenfrei gefahren werden kann. Das Grundproblem bleibt: Attraktive Ausbildungsplätze und Beschäftigungsverhältnisse sind rar. Die eingeschränkte Mobilität durch das schlechte Angebot im ÖPNV kommt hinzu. Kino- oder Theaterbesuche fallen flach. Der Rückzug auf Internet und Social-Media erfolgt fast zwangsläufig. Und damit auch der Rückzug aus den sozialen Beziehungen vor Ort.

Die LINKE fordert:

- Mobilitätsmöglichkeiten entwickeln, die Jugendlichen Disco-, Kino- oder den Besuch von Veranstaltungen ermöglichen
- Leerstehende Schulen nicht entwidmen und verkaufen, sondern als selbstverwaltete Jugendclubs den Jugendlichen zur Nutzung übertragen
- Jugendlichen aus armen Familien durch einen Sozialfonds die Teilnahme am Vereinsleben oder den Besuch von Musikschulen zu ermöglichen. (10 Euro aus dem Bildungs- und Teilhabepaket pro Monat sind völlig unzureichend)
- Einstellung eines Kreissozialarbeiters, der alle Angebote für Jugendliche im Landkreis vernetzt.
- Treffpunkte für Jugendliche auch auf entlegeneren Dörfern einrichten. Z.B. in

Bauwagen oder Holzhütten.

Familie und Kinder

Mit der Geburt eines Kindes beginnt für Eltern ein neuer Lebensabschnitt mit großen Veränderungen für alle Familienmitglieder. Den schönen Momenten des Elternseins stehen oftmals harte Belastungsproben für die Familie gegenüber. Anlässe für Belastungen gibt es viele: Die Berufstätigkeit beider Eltern, keine Oma oder Opa, die Kinder betreuen, der Trend zur Kleinfamilie, aber auch Armutsrisiken wie Arbeitslosigkeit, Hartz IV Bezug, Erwerbsunfähigkeit oder chronische Krankheiten können aus dem Traum einer von einer schönen Familienwelt leicht einen Alptraum werden lassen.

In unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die weite Bereiche des Lebens ökonomischen und betriebswirtschaftlichen Kriterien unterwirft, mutieren Kinder zu Kostenfaktoren. Und Kostenfaktoren muss man sich leisten können.

Städte bieten in der Regel eine Infrastruktur, mit der die Kosten für Kinder minimiert werden können. Mit Kindergärten, Horten mit langen Öffnungszeiten, Ganztagschulen, Spielplätzen, kulturellen Angeboten, vergünstigte oder kostenlose Angebote an arme Menschen verwandeln sich Städte in wesentlich attraktivere Lebensorte als die Gemeinden und Ortsteile auf dem Land.

Auf das flache Land wollen und können jungen Familien nicht mehr ziehen, obwohl Arbeitsplätze in einigen Bereichen durchaus angeboten werden. Ingenieure, Ärzte oder Pflegepersonal werden händeringend gesucht, die Lebensbedingungen sind nicht attraktiv. In manchen Ortsteilen gibt es nicht einmal gepflegte Spielplätze. Die Öffnungszeiten von Kindergärten und Grundschulen verhindern die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben.

DIE LINKE fordert:

- Bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur für Familien mit Kindern im ländlichen Raum

Schulen im Landkreis

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf ist als Schulträger in Kooperation mit dem Land Hessen für die Errichtung, Organisation, Aufhebung und Unterhaltung der Schulgebäude und des Schulangebotes zuständig. Dabei muss der Kreis sicherstellen, dass den Schüler_innen ein adäquates, wohnortnahes Bildungsangebot zur Verfügung steht. Die freie Wahl eines weiterführenden Bildungsganges ist zu sichern. Da die Geburtenzahlen derzeit wieder leicht steigen und viele Kinder aus Flüchtlingsfamilien zu beschulen sind, kann eine weitere Schließung von Schulstandorten nicht verantwortet werden.

Eine abenteuerliche Konstruktion zur Kostenreduktion ist die Verbundschule Hinterland. Die Schulstandorte Breidenbach, Steffenberg und Biedenkopf werden „fusioniert“. Auf den Ebenen Verwaltung und Schulleitung kann Geld eingespart

werden. Ein einheitliches pädagogisches Modell für die drei Standorte ist nicht erkennbar. Ein „Wir-Gefühl“ bei Schüler_innen und Lehrkräften ist auch nur bedingt zu erkennen.

Die Eltern im Hinterland finden diese Modelle wenig attraktiv. Sie lassen ihre Kinder mit den Füßen abstimmen und melden ihre Kinder an weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen an. In Wallau besuchen der überwiegende Teil der Schüler_innen die Realschule-Schloß-Wittgenstein und nicht die näherliegende Hinterlandverbundschule Biedenkopf. Bad Laasphe bietet ein attraktiveres Schulmodell mit kleineren Klassen und einer besseren Schulausstattung, mit der hessische Schulen nicht konkurrieren können.

Die LINKE fordert:

- Abwicklung der Verbundschulmodelle und die Zusammenlegung der ehemaligen Stadtschule Biedenkopf mit dem Gymnasium Lahntalschule zu einer integrierten Gesamtschule
- Keine Schließung von kleinen Grundschulen
- Weniger Kinder pro Klasse
- Bedarfsgerechte Verlängerung der Öffnungszeiten der betreuten Grundschule
- Sozialstaffelung der Gebühren an den betreuten Grundschulen
- Eine Verbesserung der ländlichen Infrastruktur
- Aufstockung der Mittel für Schulsozialpädagog_innen

Schulgebäude sanieren, Schadstoffe beseitigen

Bei der Sanierung der Schulgebäude konzentriert sich der Landkreis auf die großen Schulstandorte. Denn der Erhalt der kleinen Grundschulen ist langfristig in Frage gestellt. Die Sanierung aller Schulen im Landkreis erfordert erhebliche Mittel. 137 Millionen Euro sind allein für die energetische Optimierung veranschlagt. Die Brandschutzsanierung schlägt mit 71 Millionen Euro zu Buche. Die 47 Millionen für die Verbesserung im Lernumfeld sind schon fast Peanuts.

Die LINKE fordert seit Jahren, die erheblichen Mängel im Brandschutz abzustellen. Bei vielen Schulen fehlt ein zweiter Fluchtweg. Die große Koalition im Landkreis sieht 500.000 Euro für den Brandschutz vor. Ein Tropfen auf einem heißen Stein. Geht die Sanierung in diesem Schneckentempo weiter, vergehen 15 Jahre, bis das letzte Gebäude auf dem neuesten Stand der Technik ist. Und bei den ersten Gebäuden ist die Technik schon wieder veraltet.

In den Sanierungskosten sind die notwendigen Umbaumaßnahmen für eine inklusive Beschulung von Kinder mit und ohne Behinderung nicht enthalten. Die meisten Grundschulen und viele weiterführende Schulen sind für Rollstuhlfahrer nicht zugänglich. Von einem Konzept, wie dieser Investitionsstau aufgelöst werden kann ist weit und breit nichts zu sehen.

In einigen Schulen des Landkreises werden erhöhte Schadstoffwerte gemessen. An der Mittelpunktschule (MPS) in Breidenbach wurde in verschiedenen Klassenräumen der Mittelstufe erhöhte Werte von polychlorierten Biphenylen (PCB) nachgewiesen.

Diese Chemikalien wurden als Weichmacher und als Flammschutzmittel in Baustoffen eingesetzt. PCB gelten als giftige, krebsauslösende Stoffe. Sie gehören zum „Dreckigen Dutzend“ von organischen Giftstoffen, die durch die Stockholmer Konvention vom 22. Mai 2001 weltweit verboten wurden.

PCB reichert sich vor allem im Staub an. Deshalb wird der PCB-Belastung in Breidenbach durch verstärktes Putzen und Lüften bekämpft. Eine grundlegende Beseitigung der Ursache durch eine Grundsanierung des Objektes steht derzeit nicht auf der Tagesordnung.

Die LINKE fordert:

- Überprüfung aller Schulen des Landkreises auf Schadstoffe und anschließende Sanierung kontaminierter Objekte
- Unverzögliche Verbesserung des Brandschutzes auf dem neuesten Stand der Technik in den Schulen des Landkreises
- Planung und Einrichtung eines zweiten Fluchtweges an allen Schulen des Landkreises (z.B. über Außentreppen)
- Energetische Optimierung, die nicht auf Kosten des Lernumfeldes geht
- Rollstuhl-Zugänglichkeit aller Schulen und Schulhöfe gewährleisten

Gesundheit ist keine Ware

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf nennt sich selbstbewusst „Gesundheitsregion Marburg-Biedenkopf“. Es klingt, als ob im Landkreis die Gesundheitsvorsorge und die medizinische Betreuung der Bevölkerung einen besonders hohen Stellenwert einnehmen. Weit gefehlt. Die bereits 2008 begonnene Profilierung zur Gesundheitsregion hebt vor allem die Aspekte einer Gesundheitswirtschaft hervor. Das „Forschen, Helfen, Heilen“ – so das Leitmotiv der Profilierung – soll Gewinne generieren und Arbeitsplätze schaffen. Der Slogan aus linksalternativen Zusammenhängen „Gesundheit ist keine Ware“ wird geradezu auf den Kopf gestellt.

An den Beispielen „Ärztmangel im ländlichen Raum“, „Ärztlicher Bereitschaftsdienst“, „Geburtshilfe“, „kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung“ und „Universitätsklinikum Gießen Marburg“ werden die Mängel bei Vorsorge und medizinischer Betreuung aufgezeigt und Lösungsmöglichkeiten entwickelt

Ärztmangel im ländlichen Raum

Liegt die Kassenärztliche Vereinigung Hessen (KVH) mit ihrem Bedarfsplan für den Landkreis richtig, gibt es im Landkreis eine Überversorgung mit Arztstellen. Das sieht nicht einmal die CDU im Kreistag so. Richtig ist, dass eine Häufung der Vertragsärzte in der Stadt Marburg vorliegt, bei gleichzeitiger Unterversorgung in Teilen der ländlichen Regionen des Landkreises.

In den nächsten Jahren ist damit zu rechnen, dass weitere Ärztinnen und Ärzte ohne Nachfolgeregelung in den Ruhestand gehen oder aus anderen Gründen ihre Praxis schließen. Eine flächendeckende, wohnortnahe ärztliche Versorgung im Landkreis

Marburg-Biedenkopf ist nicht gewährleistet. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist akut gefährdet.

Um dem Ärztemangel und dem Praxissterben zu begegnen, schlägt DIE LINKE die Einrichtung sogenannter „Medizinischer Versorgungszentren“ (MVZ) in öffentlicher Trägerschaft vor. Auch genossenschaftliche Trägerformen mit öffentlicher Unterstützung sind denkbar. Die Vorteile liegen auf der Hand. Mediziner, Therapeuten und Patienten profitieren gleichermaßen. Liegen die Vorteile bei Medizinern und Therapeuten vor allem im wirtschaftlichen und arbeitstechnischen Bereich, profitieren die Patienten durch Vermeidung von Doppeluntersuchungen und langen Wartezeiten, der abgestimmten Behandlung durch mehrere Ärzte und von kurzen Wegen.

Diese Vorteile überzeugen inzwischen auch die anderen Fraktionen im Kreistag. Sie schließen MVZ nicht mehr kategorisch aus, sondern sehen die MVZ als sinnvolle Möglichkeit die ärztliche und therapeutische Versorgung der Bevölkerung in der Fläche sicherzustellen.

DIE LINKE fordert:

- Einrichtung Medizinischer Versorgungszentren in öffentlicher Trägerschaft
- Kreisweites Gesamtkonzept für die ambulante medizinische Versorgung

Ärztlicher Notdienst (Bereitschaftsdienst)

Die Organisation des ärztlichen Bereitschaftsdienstes (ärztlicher Notdienst) im Landkreis ist geradezu ein Lehrstück, wie Gesundheitspolitik nicht im Interesse der Bevölkerung gemacht wird. In ganz Hessen "reformierte" die KVH die ärztliche Versorgung in den sprechstundenfreien Zeiten am Abend und am Wochenende.

Die KVH sprach davon, "Strukturen zu vereinfachen". Auf Deutsch: Stück für Stück wurde der Dienst eingeschränkt. Häppchenweise wurde der Bevölkerung das wahre Ausmaß der Ausdünnung präsentiert. Erst vier, dann drei, zuletzt eine Notdienstzentrale im Landkreis. Seit April 2015 ist diese zu bestimmten Zeiten auch nicht mehr besetzt. Nach 24 Uhr gibt es keinen ärztlichen Notdienst mehr. Patienten können sich an eine von zwei Telefonzentralen (in Kassel und in Frankfurt) wenden, die jedoch oft stundenlang nicht erreichbar sind. Das ist lebensgefährliches Sparen auf Kosten der Patienten.

Die KVH ist verpflichtet, die „angemessene und zeitnahe Zurverfügungstellung der fachärztlichen Versorgung und die vertragsärztliche Versorgung zu den sprechstundenfreien Zeiten (Notdienst) zu gewährleisten“ (§ 75 Abs1 SGB V). DIE LINKE brachte das Thema in den Kreistag und forderte den Kreisausschuss auf „mit allen legalen Mitteln die KVH zu veranlassen, im gesamten Landkreis eine bedarfsgerechte ärztliche Versorgung der Bevölkerung in den sprechstundenfreien Zeiten (Notdienst) zu gewährleisten“.

Selbst SPD und CDU wollten das dreiste Vorgehen der KVH nicht weiter hinnehmen. Sie forderten, „kein Sparmodell auf dem Rücken der Patient_innen“ und eine

Rückkehr zu einer angemessenen ambulanten medizinischen Versorgung durch den ärztlichen Notdienst.

DIE LINKE fordert:

- Flachdeckende ambulante medizinische Versorgung im Landkreis auch in der sprechstundenfreien Zeiten gewährleisten
- Rückabwicklung der „Reformen“ des ärztlichen Notdienstes
- Zusammenlegung des ärztlichen Notdienstes mit den Rettungsleitstellen

Geburtshilfe

Hebammen bringen Leben auf die Welt, verdienen aber nicht genug, um selbst überleben zu können. Diesen Widerspruch aufzulösen, ist Aufgabe der Politik, auch auf der lokalen Ebene. Auf Wahlplakaten wird öffentlichkeitswirksam Kinderfreundlichkeit zur Schau gestellt wird, werden die Problem konkret, wie bei der Geburtshilfe, werden Eltern und Hebammen alleine gelassen.

Die Bezahlung der Hebammen ist erbärmlich, freiberuflich Tätige erreichen damit nur selten den Mindestlohn von 8,50 Euro. Massive Erhöhungen der Versicherungsprämien führten zur Schließung von Geburtsstationen, wie in Biedenkopf, und zur vielfachen Berufsaufgabe von Hebammen. Die Wahlfreiheit schwangerer Frauen über den Geburtsort (Hausgeburt, Geburtshaus, Geburt im Krankenhaus mit begleitender Beleghebamme oder dort angestellten Hebammen) ist akut gefährdet.

In einem gemeinsamen Antrag aller (!) Fraktionen mit dem Titel “ Hebammen unterstützen, flächendeckende Geburtshilfe sichern, Wahlfreiheit werdender Mütter stärken“ (Lfd Nr. 328/2014 KT), wurde das Thema Geburtshilfe im Landkreis aufgegriffen und ein Forderungskatalog beschlossen. Bemerkenswert: Die lyrische Einleitung des Antrages wurde vom Büro der Landrätin erstellt, der Forderungskatalog von der Fraktion DIE LINKE ausformuliert und von den anderen Fraktionen akzeptiert und übernommen. Die Forderungen an Bund und Land wurden weitestgehend nicht erfüllt. Hier die Forderungen auf Kreisebene:

DIE LINKE fordert:

- Wohnortnahe und hochwertige Geburtshilfe im Landkreis sicherstellen.
- Konzept für ein breites Angebot aller Möglichkeiten der Geburtshilfe, Entbindung und Wöchnerinnenbetreuung unter Beteiligung von allen Akteuren der Geburtshilfe im Landkreis erstellen
- Für werdende Mütter die Wahlmöglichkeiten erhalten und das Sicherheitsbedürfnis auf höchstem Niveau befriedigen
- Die zunehmende Pathologisierung der Geburt zurückdrängen. Gebären ist keine Krankheit, sondern ein natürlicher Prozess
- Kosten der Ausbildung und Weiterbildung bei den Hebammen gesellschaftlich tragen

- Angemessene Vergütung von Hebammen gewährleisten

Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung

Menschen mit akuten psychischen Krankheiten beklagen sich über eine unzureichende Betreuung und Versorgung. Kinder und Jugendliche sind besonders betroffen und warten monatelang auf einen stationären Therapieplatz. Besteht eine akute Suizidgefährdung, werden die Kinder und Jugendliche als Notfälle stationär stabilisiert. Nach zwei Wochen werden sie nach Hause geschickt, um dort auf einen Therapieplatz zu warten. Dies ist ein unhaltbarer Zustand.

Bei der ambulanten Versorgung von psychischen oder psychosomatischen Erkrankungen sind die Wartezeiten bei den niedergelassenen Therapeut_innen ebenfalls ellentlang. In vielen Fällen besteht die Schwierigkeit, ein passendes Therapieangebot zu finden. Der Landkreis ist zwar nicht in der Lage, mit eigenen Mitteln fehlende Therapieangebote bereitzustellen, aber er kann über den Aufbau eines effektiven Beratungsangebotes die vorhandenen Defizite mindern.

Außerdem kann der Landkreis auf den Landeswohlfahrtsverband (LWV) einwirken, seine Arbeit wieder mehr auf das Patientenwohl, als auf betriebswirtschaftliche Ergebnisse auszurichten. Der LWV ist Alleingesellschafter der Vitos GmbH. Die GmbH ist größter Krankenhausträger in Hessen mit psychiatrischen Kliniken für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche. Wer die jüngsten Entwicklungen der Vitos-Klinik Marburg an der Cappeler Straße aufmerksam verfolgt, reibt sich verwundert die Augen, wie betriebswirtschaftliche Logik, die Organisation von Therapie beeinflusst.

DIE LINKE fordert:

- Jedem Kind, jedem Jugendlichen und jedem Erwachsenen einen adäquaten Therapieplatz sichern
- Einsatz der Kreisorgane, um die betriebswirtschaftliche Logik in den Versorgungsstrukturen zurückzudrängen
- Aufbau eines Beratungsangebotes durch den Landkreis, um passende Therapieangebote zu finden und Wartezeiten zu vermeiden.

Universitätsklinikum Gießen Marburg (UKGM) – ein abschreckendes Beispiel

Tag für Tag geben die Beschäftigten am UKGM ihr Bestes, um die Patient_innen trotz schwierigster Bedingungen gut zu versorgen. Die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter_innen verschlechtern sich weiter. Überlastung und Arbeitsverdichtung prägen den Alltag der Mitarbeiter_innen. Führungskräfte des Klinikums wiesen darauf hin, dass durch die kontinuierliche Arbeitsverdichtung sowohl bei Patient_innen als auch bei Mitarbeiter_innen gesundheitliche Schäden zu befürchten sind. Die Versorgungssicherheit ist gefährdet.

Das ist das Ergebnis, wenn ein privater Gesundheitskonzern wie die Rhön-Klinikum-AG Eigentümerin eines Universitätsklinikums wird. Die Ware „Patient“ und die Ware

„Gesundheit“ werden nach allen Regeln der betriebswirtschaftlichen Kunst, zur Erzielung von Maximalprofit ausgequetscht – ohne Rücksicht auf Patient_innen oder Mitarbeiter_innen.

DIE LINKE fordert:

- Rücküberführung des UKGM in die öffentliche Hand
- Einführung von Personalmindeststandards durch das Land Hessen
- Kreistag und Kreisausschuss setzen sich mit allen ihnen gebotenen Mitteln für diese Ziele ein

Die Rhön-Klinikum AG wittert auch in der ambulanten Behandlung von Patient_innen ein lukratives Geschäftsmodell. Schwerstkranke werden aus dem UKGM in die hausärztliche Pflege verlegt. Ein Zusammenschluss niedergelassener Ärztinnen und Ärzte kooperiert eng mit dem Gesundheitskonzern. Die Kontrolle der Tätigkeit der Ärzte im Klinikum durch unabhängige niedergelassene Ärzte wird hierdurch ausgehebelt.

Die Rhön-Klinikum AG betreibt eine wachsende Anzahl Medizinischer Versorgungszentren in Marburg. Diese Entwicklung ist für die Gesundheitsversorgung im gesamten Landkreis gefährlich. Denn das Gefälle bei der medizinischen Versorgung zwischen Stadt und Land wird noch größer. Außerdem übernehmen die Medizinischen Versorgungszentren der Rhön-Klinikum AG die Rolle eines Zulieferers von Patientenware für das UKGM, um mit der Ware Patient größere Gewinne einfahren zu können.

DIE LINKE fordert:

- Keine weiteren Medizinischen Versorgungszentren der Rhön-Klinikum AG zulassen
- Medizinische Versorgungszentren in der Fläche in öffentlicher Hand

Integration, Migration, Inklusion, Flüchtlinge

Refugees Welcome!

Flüchtlinge kommen aus vielerlei Gründen nach Deutschland. Eine Unterscheidung zwischen „guten“ Kriegsflüchtlingen und „bösen“ Wirtschaftsflüchtlingen lehnt DIE LINKE ab. Die meisten Flüchtlinge fühlen sich von ihrem eigenen Staat nicht ausreichend geschützt, weshalb sie dort nicht mehr leben wollen. Die Hintergründe sind oft erschreckend: Menschen verlassen ihr Heimatland aufgrund politischer Verfolgung, Unterdrückung, Krieg oder werden Opfer von organisiertem Verbrechen. Die LINKE im Kreistag kämpft seit 15 Jahren für einen würdevollen und menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen. Eine adäquate und bedarfsgerechte Wohnraumversorgung ist hierfür Grundvoraussetzung.

Viele Flüchtlinge sind bei ihrer Ankunft in einem körperlich und psychisch sehr schlechten Zustand. Nach einer oft abenteuerlichen und langen Flucht kommen sie in Gemeinschaftsunterkünfte: sie müssen auf engstem Raum (14 Quadratmeter für

vier Personen), mit primitiven Sanitären Einrichtungen, Sachleistungen und Essenspaketen zurechtkommen.

Nach Ablehnung des Asylantrags sind sie in ständiger Angst vor der Abschiebung. 50% dieser Flüchtlinge entwickeln psychische Krankheiten. Viele landen in Psychiatrien. Im Landkreis gab es mehrere Fälle wo Flüchtlinge nach 10-20 Jahren abgeschoben wurden oder Suizid begingen. Prominentestes Beispiel ist die Familie Kpakou. Die Familie wurde durch das deutsche Asylrecht zerrissen: Der Vater durfte bleiben, weil er als zu krank für eine Abschiebung angesehen wurde. Er musste sich mehreren Operationen aussetzen und ist seitdem schwer psychisch krank. Der Rest der Familie wurde Hals über Kopf ohne Vorwarnung in zwei Flieger gesetzt und nach Togo abgeschoben.

Auch Politiker des Kreises haben hier eine unrühmliche Rolle gespielt. Während die LINKE in einem Antrag forderte Die Abschiebung der Familie Kpakou generell auszusetzen, beschloss die Koalition aus Grünen, FDP, CDU und Freien Wähler sich nur unter Vorbehalten für eine Aussetzung der Abschiebung einzusetzen. So sollte gewährleistet sein, dass die Familie ihren eigenen Lebensunterhalt selbst sichern kann, alle Mitglieder nicht vorbestraft sind und über deutsche Sprachkenntnisse verfügen. In allen Wortbeiträgen wurde immer wieder betont, dass ein Kind der Familie evtl. kriminell ist, die Kinder doch die Landessprache besser sprechen würden als behauptet etc. Vor allen Dingen ist dieser Beschluss zynisch, da der Vater aufgrund seiner psychischen Erkrankung gar nicht arbeiten konnte.

Die Forderung der Fraktion DIE LINKE, Menschen möglichst schnell (nach 6 Monaten) dezentral in angemessenem Wohnraum unterzubringen und „Gemeinschaftsunterkünfte“ nur in Notfällen zu nutzen wurde ebenso abgelehnt, wie die Forderung besonders schutzbedürftige Personen, wie schwer traumatisierte Kriegsflüchtlinge, minderjährige Kinder mit Eltern und Menschen mit schweren gesundheitlichen Erkrankungen grundsätzlich nicht in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen. Besonders erschreckend war der Redebeitrag eines Grünen Kreistagsabgeordneten, der meinte, viele Flüchtlinge fühlten sich in Gemeinschaftsunterkünften wohler, da sie es von Hause aus nicht anders kennen.

Die LINKE fordert:

- Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis
- Einen Leerstandskataster einrichten, um alle leerstehenden Gebäude im Landkreis zu erfassen und für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen.

Psychologische Betreuung von Flüchtlingen

Flüchtlinge aus Krisengebieten, sei es Syrien oder afrikanischen Ländern sind aufgrund ihrer Erfahrungen in Kriegsgebieten oft schwer traumatisiert. Circa 40 Prozent der Asylbewerber und Flüchtlinge in Deutschland sind mehrfach traumatisiert und haben Folter durchlitten. Bei Opfern von Vergewaltigungen weisen mehr als die Hälfte komplexe Traumafolgestörungen auf; nach Folter sind es sogar 87 Prozent. Insgesamt geht die Psychotherapeutenkammer davon aus, dass bei fünf bis sieben von zehn Flüchtlingen eine solche Störung vorliegt. Das Suizidrisiko nach einer Vergewaltigung ist über einen langen Zeitraum oft sehr hoch.

Das Asylverfahren berücksichtigt dies jedoch kaum, sodass Betroffene oft keinerlei psychologische Unterstützung erfahren. Nur bei akuten und lebensbedrohlichen Fällen haben traumatisierte und kranke Flüchtlinge sowie Asylbewerber durch das Asylbewerberleistungsgesetz ein Recht auf eine medizinische Behandlung. In Psychiatrien sind sie meist auch nicht gut aufgehoben, da notwendige Dolmetscher fehlen.

Gerade psychiatrische Erkrankungen können unter diesen Bedingungen kaum abgeklärt werden. Dadurch werden zum Beispiel komplexe Traumafolgestörungen mit psychotischen Episoden oft als Schizophrenien fehldiagnostiziert.

Die LINKE fordert, dass solange sich auf der bundespolitischen Ebene keine Möglichkeit findet, dass Psychotherapeuten und Dolmetscher vergütet werden, man auf Kreisebene Konzepte mit ortsansässigen Psychologen und Dolmetschern findet „ehrenamtlich“ Flüchtlinge psychologisch zu betreuen. Eine hohe generelle Bereitschaft ist bei Ärzten und Psychotherapeuten vorhanden, die man nutzen sollte.

Würdevoller Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Flüchtlingskinder aus Kriegsgebieten sind Opfer oder Zeugen von vielen traumatisierenden Erlebnisse: Von Folter bis zu Vergewaltigung. Sie kommen nach Deutschland ohne Angehörige, Freunde und Familie und sind in einer fremden Kultur auf sich gestellt. Neben nahen Angehörigen und Freunden haben sie oft alles verloren und meistens wenige positiven Ressourcen, welche sie mit in den neuen Lebensabschnitt retten können. Häufig kommt es bei ihnen zu einer generellen Überforderung, Parentifizierung, Entwicklungsstörungen und -rückschritten. Zusätzlich leiden sie unter der fehlenden emotionalen Zuwendung ihrer Eltern

Nach der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen von 1992 (KRK), die auch Deutschland unterzeichnet hat, besitzen auch unbegleitete minderjährige Jugendliche umfassende Rechte. Die Praxis sieht hierzulande jedoch anders aus. Oft wird sowohl gegen zwingende Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches als auch des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und des Haager Minderjährigenschutzabkommen (MSA) verstoßen.

Die LINKE fordert:

- Die sofortige Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in geeigneten Wohngruppen, die kulturelle Bedürfnisse und psychologische Erkrankungen und Traumatisierungen berücksichtigen. (Z.B. spezielle Mädchenwohngruppen bei der Erfahrung sexualisierter Gewalt).

Gelebte Solidarität mit Flüchtlingen und Asylsuchenden ist vielerorts im Landkreis Realität. Von Tanzprojekten mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen über eingerichtete Kleiderkammern, bis zu dem Versuch Internet in Gemeinschaftsunterkünften anzuschließen, ist das Engagement von vielen einheimischen Personen und Gruppen hoch. Sie finden sich zusammen, um Flüchtlinge in ihrer Kommune willkommen zu heißen und Rassismus entgegenzutreten.

Die LINKE fordert:

- Eine bessere Koordination aller ehrenamtlich Tätigen Gruppen im Kreis
- Mehr Sozialarbeiter_innen vor Ort
- Deutliche Aufstockung des hauptamtlichen Personals in der Flüchtlingsbetreuung (Dolmetscher_innen, Sozialpsycholog_innen, usw.)
- Gespräche mit Einwohner_innen um Ängste und Vorurteile abzubauen
- Keine Unterkunft in Zelten, auch nicht in Erstaufnahmeeinrichtungen
- Wirksame Kontrolle von privaten Betreibern der Flüchtlingsunterbringung
- Mehr Sprachkurse anbieten
- Kinder auch in Erstaufnahmeeinrichtungen beschulen
- Mehr Programme zum Übergang von Schule in den Beruf
- Kein Druck zur „freiwilligen Ausreise“ in „sichere Herkunftsländer“

Migration, Integration

Neben armen Menschen sind viele Migrant_innen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. DIE LINKE arbeitet mit Migrant_innen zusammen und setzt sich für ihre Einbeziehung in die politischen Entscheidungsprozesse auf Kreisebene ein. Dazu gehört das kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft im Landkreis lebenden Menschen. So lange der Gesetzgeber nicht tätig wird, gilt es die Ausländerbeiräte aufzuwerten. Das Demokratieprinzip gebietet, dass alle Menschen, die in unserem Landkreis leben, zusammen die Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen.

DIE LINKE stellt der Integrationspolitik der anderen Fraktionen einen alternativen politischen Ansatz entgegen. Der alternative Ansatz ist darauf ausgerichtet, rechtliche Gleichstellung und gleichberechtigte soziale Partizipationsmöglichkeiten herzustellen. Mit der Forderung nach rechtlicher Gleichstellung sollen jenen Einwohner_innen, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, mehr Rechte zuerkannt werden. Die juristischen Rechte nach Aufenthaltsstatus und Aufenthaltsdauer sollen weitestgehend angeglichen werden, da Flüchtlinge weit mehr juristischen Restriktionen unterliegen als Arbeitsmigrant_innen und deren Kinder.

Soziale Diskriminierung besteht unabhängig von der deutsche Staatsangehörigkeit. Die soziale Teilhabe ist trotz rechtlicher Gleichstellung vielen Eingebürgerten und Spätaussiedler_innen verwehrt. Diskriminierungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sind alltägliche Erfahrung.

Den stärksten rechtlichen Einschränkungen und Diskriminierungen unterliegen Flüchtlinge, vor allem dann, wenn sie nicht als solche anerkannt worden sind. So beschränkt das Asylbewerberleistungsgesetz den Zugang zu Fürsorgeeinrichtungen und sozialen Transferleistungen. Darüber hinaus dürfen sie sich in der Bundesrepublik nicht frei bewegen und werden in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Flüchtlinge sind durch Abschiebehaft und Abschiebungen massiven staatlichen Eingriffen in die Menschenrechte und in die Freiheit der Person ausgesetzt.

Volle und gleiche Rechte erhalten nur solche Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Zu den so genannten Deutschenrechten, also den Rechten, die einschließlich für Deutsche gelten, gehören: Die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Freizügigkeit, die Berufsfreiheit, das Auslieferungsverbot, das Widerstandsrecht, das aktive und passive Wahlrecht, sowie das Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern.

Generell wird allen Einwohner_innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit gleichermaßen das Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene verwehrt. Sie sind damit vom Kernbereich der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen, selbst wenn sie in der Bundesrepublik ihren ständigen Wohnsitz haben.

Ein kommunales Wahlrecht, das weder auf bestimmte Personengruppen noch auf bestimmte Territorien des jeweiligen Staates beschränkt ist, existiert derzeit in den EU-Mitgliedstaaten Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Luxemburg und den Niederlanden. Voraussetzung ist zumeist eine bestimmte Aufenthaltsdauer: 6 Monate in Irland, 2 bzw. 3 Jahre in Dänemark, Finnland und Schweden, 5 Jahren in Belgien, Island, Luxemburg und Niederlanden.

Zweifellos sind Kenntnisse der deutschen Sprache ein wichtiges Element für Integration. Für DIE LINKE ist es dennoch problematisch, die Sprachbeherrschung zur primären Bedingung zu erklären und die anderen wichtigen Faktoren zu vernachlässigen. Dies verursacht bereits im vorschulischen Bereich eine soziale Ausgrenzung.

DIE LINKE fordert:

- Integration durch rechtliche und politische Gleichstellung
- Wahlrecht für alle Einwohner_innen
- Integration durch soziale Partizipation
- Integration durch Überwindung gesellschaftlicher Ausgrenzung
- Integration durch Interkulturelle Bildung und Erziehung
- Erhöhung des Anteils an Mitarbeiter_innen mit Migrationshintergrund im Kreisdienst.
- Einrichtung einer unabhängigen Kreisantidiskriminierungsstelle und eines Rechtshilfefonds
- Vorlagen und Beschlüsse der Kreisorgane in „Leichte Sprache“ übersetzen
- Haushaltsmittel für den Bereich „Integration“ bedarfsgerecht aufstocken
- Ausländerbeirat auf Kreisebene einrichten

Inklusion

Mit der UN-Behindertenrechtskonvention werden die Rechte von Menschen mit Behinderungen als allgemeine Menschenrechte anerkannt. Die schrittweise Umsetzung der Konvention stellt somit eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft dar. Der Abbau von Barrieren auf allen gesellschaftlichen Ebenen sichert nicht nur Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, sondern

lässt Menschen mit und ohne Behinderung davon profitieren.

Inklusion heißt wörtlich übersetzt Zugehörigkeit, also das Gegenteil von Ausgrenzung. Wenn jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – überall dabei sein kann, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in der Freizeit, dann ist das gelungene Inklusion.

In einer inklusiven Gesellschaft ist es normal, verschieden zu sein. Jeder ist willkommen. Und davon profitieren wir alle: zum Beispiel durch den Abbau von Hürden, damit die Umwelt für alle zugänglich wird, aber auch durch weniger Barrieren in den Köpfen, mehr Offenheit, Toleranz und ein besseres Miteinander.

DIE LINKE fordert:

- Konsequentes Umsetzen des „Aktionsplanes des Kreisausschusses des Landkreises Marburg-Biedenkopf zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der Zuständigkeit der Kreisverwaltung“
- Bereitstellung ausreichender materieller und personeller Ressourcen in den jährlichen Haushaltsplänen
- Aufstocken der Mittel für Projekte der Aktion „Inklusion bewegt“
- Alle kreiseigenen Gebäude barrierefrei umgestalten

Inklusion an Schulen umsetzen

Im Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention wird explizit ein inklusives Bildungssystem eingefordert: Menschen mit Behinderung sollen nicht vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden. Hieraus leitet sich eine „völkerrechtliche Verpflichtung“ zur Umstellung auf ein inklusives Schulsystem - auch in der Bundesrepublik - ab.

Behinderte Kinder haben einen Anspruch darauf, gemeinsam mit nicht behinderten Kindern im Regelunterricht beschult zu werden. Die Schulen des Landkreises sind denkbar schlecht für diesen Anspruch gerüstet. Zum einen fehlen die baulichen Voraussetzungen und zum ein tragfähiges Inklusionskonzept. An eine Umstellung auf einen individualisierten Unterricht, in den Bereichen Sprachfähigkeit, Lernfähigkeit oder geistige, körperliche und motorische Entwicklung, der den jeweiligen sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfs aller Kinder berücksichtigt, ist wegen fehlender Ressourcen nicht zu denken.

Obwohl Kinder ein Recht auf inklusive Beschulung haben, schicken Eltern ihre Kinder häufig dennoch auf Förderschulen. Viele Eltern hoffen, dass die Förderschulen ihren Kindern die bessere Betreuung bieten. Sie lassen sich von der wissenschaftlichen Pädagogik nicht überzeugen, die in zahlreichen Studien eindrucksvoll belegt hat, dass behinderte Kinder in einer Gruppe mit nicht behinderten Kindern leichter lernen und ihre Fähigkeiten besser entwickeln.

Die LINKE fordert:

- An allen Schulstandorten die baulichen Voraussetzungen für inklusive Beschulung schaffen
- Entwicklung eines pädagogischen Inklusionskonzepts und Leitlinien für Lehrer_innen
- Wahrnehmung der pädagogischen Aufgaben durch festangestellte sonderpädagogische Lehrkräfte an allen Schulstandorten.
- Kein Einsatz von Honorarkräften
- Abschaffung der Förderschulen im Landkreis. Inklusion für Alle.
- Aufklärung der Eltern von behinderten Kindern über die großen Vorteile einer inklusiven Beschulung

Gegen Rechts

Einer der ersten Erfolge der Fraktion DIE LINKE im Kreistag in dieser Legislaturperiode war die Erstellung einer Studie über die NS-Vergangenheit von Mitgliedern des Kreistages, die auf Initiative der Fraktion zustande kam. Das Team um Hubert Kleinert legte Ende 2013 den Bericht „Die NS-Vergangenheit ehemaliger politischer Funktionsträger im Landkreis Marburg-Biedenkopf – Bericht an den Kreisausschuss/Kreistag Marburg-Biedenkopf“ der Öffentlichkeit vor. Ein Drittel der Kreistagsabgeordneten nach dem 2. Weltkrieg waren Nazis, so der überraschende Befund.

Auch heute wird in unserem Landkreis rechte Propaganda und rechte Gewalt immer wieder zum aktuellen Thema. Der Landkreis soll daher verstärkt Geld für die Unterstützung antifaschistischer Initiativen bereitstellen. Schülerinnen und Schüler werden in vielen Unterrichtseinheiten über den Faschismus und den Zweiten Weltkrieg informiert. Was jedoch vor Ort in den Gemeinden, Städten und im Landkreis stattfindet, erfahren sie in der Schule nicht. Dieses Defizit gilt es zu beheben.

DIE LINKE fordert:

- In allen Schulbüchereien des Landkreises soll das reichhaltige Angebot an Literatur über Verfolgung und Widerstand in unserer Region auf den neuesten Stand gebracht werden
- Der Kreisausschuss soll hierfür personelle und materielle Hilfestellung leisten.

Frauen und Männer

Nicht einmal beim Sozialabbau sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Die berüchtigten Bedarfsgemeinschaften bringen Frauen, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, in beschämende Abhängigkeit von ihrem Partner. Umgekehrt gilt das rein formal zwar auch, aber da Frauen meist die weniger Verdienenden sind, trifft es sie viel häufiger. Die Konstruktion von so genannten „Bedarfsgemeinschaften“ drückt sie in die Position einer Almosenempfängerin: vom Staat oder vom Partner. Dies zu ändern ist Sache des Bundesgesetzgebers, der Kreis kann unmittelbar nichts tun. Aber er sollte gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE fordern:

- Aufhebung der Bedarfsgemeinschaften!

Das kann der Kreis nicht beschließen, aber er kann über den Hessischen Landkreistag beim Bundesgesetzgeber immer wieder darauf dringen. Dasselbe gilt für die folgende Forderung:

- Sozialversicherungspflicht für alle geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, welche die Rente von Frauen und Männern so steigert, dass Armut im Alter verhindert wird.

Alleinerziehende sind meist Frauen. Wenn sie erwerbslos sind, können sie sich keine private Kinderbetreuung leisten.

DIE LINKE fordert:

- Kostenlose Betreuung für die Kinder von Alleinerziehenden!
- Weiterer bedarfsorientierter Ausbau der Kinderbetreuung

So kann dafür gesorgt werden, dass die Vereinbarkeit von Elternschaft und Berufstätigkeit, Studium und Ausbildung nicht am Mangel an Betreuungsangeboten scheitert. Das Abdrängen von Frauen in den Niedriglohnssektor, wie beispielsweise Mini-Jobs, muss verhindert und (dort wo es sie schon gibt) durch öffentlich geförderte Beschäftigung ersetzt werden. Frauen werden oft gerade dann benachteiligt, wenn ein angeblich geschlechtsneutraler Sachzwang vorgeschoben wird.

DIE LINKE fordert:

- Alle Vorlagen der Kreisverwaltung, darunter auch der Haushalt, müssen nachvollziehbare Angaben darüber enthalten, welche Auswirkungen sie auf die Lage der Frauen haben.
- Jährlicher Sachstandsbericht zur Umsetzung des Frauenförderplans 2012-2018 und Diskussion im Kreistag
- Gender-Budgeting einführen, das heißt Etablierung und Durchführung von Maßnahmen innerhalb des Prozesses der Aufstellung des jährlichen Kreishaushaltes, mit dem Ziel, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und schließlich zu erreichen.

Älter werden Im Landkreis

Die ältere Generation ist auch im Landkreis auf dem Vormarsch. Deren Kompetenzen und Gestaltungspotenzial zu fördern und zu nutzen, sollte als große Chance angesehen werden. Wie auch in anderen Altersgruppen bewirkt die weitere Polarisierung von Einkommen, dass die Spaltung in Arm und Reich größer wird. Die Sozialpolitik, Umschreibung für Sparpolitik auf Kosten der ohnehin schon materiell Ausgegrenzten, forciert diesen Prozess.

Die Erfahrung, „zum alten Eisen“ zu gehören, das nicht mehr gebraucht wird,

müssen heute Bürger/innen weit vor Beginn des Rentenalters machen. Immer mehr ältere Menschen können aufgrund wirtschaftlicher Notlagen, beispielsweise durch einen vorzeitigen, meist endgültigen Arbeitsplatzverlust hervorgerufen, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur noch eingeschränkt wahrnehmen. Das Kreis-Job-Center muss sich verstärkt um die Vermittlung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze an über Fünfzigjährige bemühen.

Altenarbeit beginnt nicht erst mit dem Eintritt ins Rentenalter, und sie hat - geht man davon aus, dass Menschen heute weitaus länger und anders leben, als das früher der Fall war - einen hohen Stellenwert im Leben von Gemeinden. Sie auf den rein pflegerischen Aspekt mit allen damit verbundenen Verknüpfungen zu reduzieren, greift zu kurz und klammert oft genug den Aspekt von Altenarbeit als Gemeinwesenarbeit aus. Die Versorgung und menschenwürdige Unterbringung pflegebedürftiger alter Menschen mit qualifizierter Betreuung ist die wichtige eine Seite. Die andere ist ein integrierendes, Generationen übergreifendes, politisches Konzept, bei dem es möglich gemacht wird, hilfreich für alte Menschen den gewohnten Lebensmittelpunkt zu erhalten und eine lange Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen. Altenarbeit darf nicht zur Verwahrpflege werden, denn sie ist gleichermaßen Zukunftspflege und betrifft uns irgendwann alle.

DIE LINKE fordert:

- Beratungs- und Informationsstellen, in denen einerseits gebündelt aktive Angebote zur Lebensgestaltung offeriert werden und andererseits Beratung für Hilfesuchende sowohl für Senior_innen selber als auch deren Angehörige im Falle materieller Not wie bei Pflegebedürftigkeit angeboten werden.
- Mobilität ist immens wichtig für Senior/ innen. Das bestehende System des ÖPNV hat die Bedürfnisse von alten Menschen zu berücksichtigen: Spezielle Haltepunkte, Fahrzeiten, Vergünstigungen bei Fahrtarifen.
- Den institutionalisierten Austausch von Generationen übergreifenden Angeboten (u. a. Jugend- und Seniorentreff).

Gemeinden haben ihre eigene Prägung und ein eigenes soziokulturelles Gefüge, an das alte Menschen sich im Verlauf ihres Lebens gewöhnt haben. Hier findet das Vereinsleben statt, gibt es den Hausarzt oder die Hausärztin, Begegnungsstätten und nicht zuletzt die Menschen, die man kennt. Hier ist nachbarschaftliche Hilfe möglich.

Dies alles sichert lange Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Schulen, Kindergärten, kulturelle Einrichtungen, Kirchenverbände sind wichtige Faktoren für einen partnerschaftlichen Austausch. Gemeinsame Wohnprojekte sind in den Gemeinden unbedingt zu fördern. Öffentliche Foren, die sich mit neuen Anforderungen an Altenarbeit beschäftigen und entsprechende Maßnahmen vorschlagen, sollten in den Gemeinden ein fester Bestandteil sein. Unter Einbeziehung ortsansässiger Expert/innen sind Standards und Modelle zu erarbeiten. Problemlagen, die das (hohe) Alter mit sich bringt, bedürfen in allererster Linie der professionellen Unterstützung.

Deswegen gilt es immer wieder Initiativen zu ergreifen, Fachkräfte in ausreichender Anzahl für entsprechende Tätigkeitsfelder zu beschäftigen. Nachbarschaftshilfen und

bürgerschaftliches Engagement, die kein Ersatz für Fachkräfte sind, können zusätzlich daran mitwirken, Lebensqualität zu sichern. Dies gilt es zu fördern und auszubauen. Vernetzung von Altenhilfeeinrichtungen und eine gute Öffentlichkeitsarbeit sind unabdingbar als Mittel der Information und erleichtern die Inanspruchnahme in Fällen von Hilfsbedürftigkeit. Finanzielle Mittel gilt es dementsprechend bereit zu stellen. Es ist unabdingbar, einen Bewusstseinswandel durch die Politik zu initiieren, der klar macht, dass nicht nur die akut alten Menschen unserer Gemeinden von diesen Problemen betroffen sind, sondern dass humanes Altwerden schon beginnt, wenn der Gedanke daran noch verworfen wird.

DIE LINKE fordert:

- Organisatorische Unterstützung von Nachbarschaftshilfen
- Kreisverwaltung als Koordinationsstelle für den Lebensabschnitt „Alter“ ausbauen und die materiellen Voraussetzungen hierfür schaffen

Der Landkreis als Arbeitgeber

Im Vergleich mit den anderen Ländern der EU gibt Deutschland am wenigsten Geld für Beschäftigung im Öffentlichen Dienst aus. Dabei gibt es einen enormen Bedarf an sozialen Dienstleistungen. Wenn alle Frauen, die dies möchten, einer Erwerbstätigkeit nachgehen würden, wären mehrere Hunderttausend zusätzliche Arbeitsplätze in der Kinderbetreuung nötig. Da die Menschen immer älter werden, braucht es zudem zukünftig auch viele Altenpflegekräfte mehr. Außerdem gibt es in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit Bedarf nach mehr sozialen Dienstleistungen. Skandinavien kann als Beispiel dienen: in Schweden und Norwegen arbeitet fast jede und jeder dritte Beschäftigte für den Staat, deutlich mehr als in Deutschland.

Die Mitarbeiter_innen der Kreisverwaltung sollen alle Aufgaben erledigen, die in diesem Programm beschrieben werden. Mit der derzeitigen Personalpolitik wird dies nicht gelingen. Seit Jahr und Tag werden in der Kreisverwaltung Stellen abgebaut – obwohl die Aufgaben wachsen. Im Jahr 1996 waren im Stellenplan 731 Stellen verzeichnet. 2004 waren es bereits 132 weniger, ohne dass Aufgaben ausgelagert wurden. Der Personalabbau in der Kreisverwaltung ist zu stoppen, und die notwendige Ausweitung des öffentlichen Dienstes zu beginnen. Niemand bestreitet, dass vor allem für soziale, ökologische und kulturelle Zwecke im Landkreis mehr personelle und materielle Ressourcen bereitgestellt werden müssen.

Der Ausbau öffentlicher Beschäftigung ermöglicht eine neue Qualität in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben, die von der Privatwirtschaft mangels Gewinnaussichten nicht wahrgenommen werden. Dadurch wird auch der sich verfestigenden Langzeitarbeitslosigkeit entgegen gewirkt. Der Kreisausschuss soll in enger Abstimmung mit dem Personalrat, personelle Engpässe in der Verwaltung auflösen. Insbesondere ist zu prüfen, ob und wie eine Vermehrung von Ausbildungsplätzen und eine vermehrte Übernahme der Auszubildenden bei der Behebung des Personal mangels hilfreich sein können.

Für DIE LINKE, die einen grundlegenden sozialen, solidarischen und demokratischen Wandel der Gesellschaft anstrebt, ist der Öffentliche Dienst eine

Dienstleistungseinrichtung für die Einwohnerinnen und Einwohner.

DIE LINKE fordert:

- Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, mit guten Arbeitsbedingungen und gerechten Löhnen. So wird auch die Motivation der öffentlich Beschäftigten gefördert, damit sie gute, effiziente und hilfreiche Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen können.
- Umfassende Weiterbildung der Beschäftigten, die nicht nur auf die Beherrschung neuer Technologien und Verfahren sondern auch auf die Verstärkung sozialer Kompetenzen zielt.
- Eine Demokratisierung des Öffentlichen Dienstes. Die Beschäftigten müssen ihre vielfältigen Ideen und Vorschläge einbringen können. Sie bzw. ihre Personalvertretungen und die Gewerkschaften müssen in jeder Phase gleichberechtigt mitentscheiden können.
- Mittel für die Personalaufwendungen im Kreishaushalt aufstocken
- Mehr Ausbildungsplätze in der Kreisverwaltung

Landkreis für den Frieden und gegen Militarismus

Die Bundesrepublik Deutschland setzt in den internationalen Beziehungen zunehmend auf militärisches Eingreifen und ist von einer friedlichen Außenpolitik weit entfernt. Deutschland ist weltweit der viertgrößte Exporteur von Waffen. Erst moderne Waffen machen es möglich, dass Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden. Waffen exportierende Länder tragen eine Mitverantwortung für die Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen.

Die Militarisierung der Außenpolitik ist längst auch im Landkreis angekommen. Presseoffiziere treten mit bunter Kriegswerbung an Schulen und in der Agentur für Arbeit an. DIE LINKE lehnt als Teil der Friedensbewegung militärische Aufrüstung, Militarismus und internationale Kriegseinsätze ab. Ein „Werben fürs Sterben“ ist der falsche Weg Konflikte zu lösen. Solidarische Kooperation von Kommunen auf der internationalen Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Eine Welt-Initiativen und präventiver Friedenspolitik können die „große Politik“ bei zivilen Konfliktlösungen unterstützen.

Die große Mehrheit der Menschen im Landkreis ist weltoffen, wie die ehrenamtlich tätigen Bürger_innen bei der Aufnahme von Flüchtlingen täglich beweisen. Sie fühlen sich dem Gedanken der internationalen Solidarität und der Völkerverständigung verpflichtet. Neben der Flüchtlingsbetreuung sind viele Menschen aktiv in Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, in Partnerschaftsvereinen oder Schulpartnerschaften eingebunden oder engagieren sich bei Menschenrechtsaktivitäten. Diese Menschen wollen wir in ihrem Tun unterstützen und werden uns für die Durchsetzung ihrer Ideen einsetzen.

DIE LINKE tritt ein für:

- Die Einführung einer jährlichen „Woche des Friedens“ im Landkreis, in der in den Bereichen Frieden und Umwelt, Entwicklung, Bildung, Sport und Kultur über Veranstaltungen aller Art, die Idee des „Landkreises für den Frieden“ transportiert, vertieft und bei den Bürger_innen verankert wird
- Die Unterstützung kommunaler Friedens- und Protestmaßnahmen, wie Ostermärsche oder Veranstaltungen und Kundgebungen gegen Krieg und Aufrüstung
- Die Förderung von Aktionen und Veranstaltungen, die Menschen unterschiedlicher Nationen im Landkreis zusammenbringen und dem friedlichen Miteinander dienen
- Eine „Schule ohne Bundeswehr“ und fordert ein Verbot von Bundeswehrwerbung an allen Schulen im Landkreis.
- Die Verweigerung von Flächen und Standplätzen für die Werbung der Bundeswehr in kreiseigenen Gebäuden

Kurz vor Schluss: Eine Gesamtschau

Liebe Leser_in, *„Empirisch sind Sie zweifellos ein Schlechtmensch: Sie wissen ja schon lange, dass unsere Kultur jeden wesentlichen Bereich künftiger Existenz – Boden, Wasser, Artenvielfalt. Klima – mit täglich wachsender Geschwindigkeit zerstört, aber das beunruhigt Sie nicht wirklich. Sie glauben Ihrer Einsicht nicht, dass die Wissenschaft recht hat und was Sie an der Verschiebung von Klimazonen und dem Auftreten von Tornados in Mittelhessen schon selber spüren: dass unser grandios erfolgreiches Zivilisationsmodell mit Endlichkeiten konfrontiert ist, mit denen es nie gerechnet hatte.*

Weshalb es auch jetzt nicht mit Ihnen rechnet, obwohl sie schon da sind. Aber unsere Zivilisationsmaschine überspielt das mit Leichtigkeit: Trotz der vielen Zeichen von Erosion, trotz des fühlbaren Näherkommens der Einschläge auf dem Finanzmarkt, im Sozialbereich, in der Umweltpolitik, trotz aller »Peaks« und aller Schulden – die Infrastrukturen funktionieren tadellos“

Das Zitat stammt von Harald Welzer, Direktor der „FUTURZWEI Stiftung Zukunftsfähigkeit“ (*Futur 2 ist in der deutschen Grammatik die „vollendete Zukunft“: Es wird in der Zukunft etwas abgeschlossen sein*) aus seinem Buch „Selbstdenken – Eine Anleitung zum Widerstand“. In diesem Buch finden sich auch diese zwölf Regeln für Menschen, die mit den derzeitigen Verhältnissen hadern:

- Alles könnte anders sein
- Es hängt ausschließlich von Ihnen ab, ob sich etwas verändert
- Nehmen Sie sich deshalb ernst
- Hören Sie auf, einverstanden zu sein
- Leisten Sie Widerstand, sobald Sie nicht einverstanden sind
- Sie haben jede Menge Handlungsspielräume
- Erweitern Sie Ihre Handlungsspielräume dort, wo Sie Einfluss haben
- Schließen Sie Bündnisse
- Rechnen Sie mit Rückschlägen, vor allem solchen, die von Ihnen ausgehen
- Sie tragen nicht die volle Verantwortung für die ganze Welt

- Wie Ihr Widerstand aussieht, hängt von Ihren Möglichkeiten ab
- Und von dem, was Ihnen Spaß macht

Was haben das Zitat und diese Regeln mit einem Wahlprogramm zu tun? In dem Zitat und den Regeln steht nichts von Wahlen. Oder von Parteipolitik. Oder vom parlamentarischen System. Das Zitat bietet eine Gesamtschau der Verfasstheit der Gesellschaft, vor deren Hintergrund Wahlprogramme entworfen und verbreitet werden. In den Regeln steckt Widerstand gegen das Vorgefundene. Und Phantasie für das Machbare. Der Text des Wahlprogramms liefert – hoffentlich - viele zusätzliche Gründe für Widerstand gegen das Vorgefundene und Anregungen für das Machbare.

Letzte Aussagen

Sie haben es geschafft!

Wenn sie bis zu dieser Stelle des Programms für die Wahl des Kreistages am 6. März 2016 vorgedrungen sind, haben Sie 49 Seiten mit 2.144 Zeilen, 15.588 Wörter mit insgesamt 122.789 Zeichen in 633 Absätzen gelesen. Sie fragen sich, was hat es mir gebracht?

DIE LINKE hofft:

- Erkenntnisgewinn
- Einsicht in politische Zusammenhänge auf Kreisebene

Wenn Sie im Großen und Ganzen ...

...mit der gesellschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland und im Landkreis Marburg-Biedenkopf zufrieden sind, war der vorliegende Text für Sie vermutlich wenig inspirierend.

Wenn Sie noch nicht genug...

...über den Landkreis, seine Aufgaben und die handelnden Personen wissen, wenden Sie sich an die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Marburg-Biedenkopf (kreistagsfraktion@die-linke-marburg.de)

Wenn Sie bereits heute wissen...

..dass Sie Ihr Wahlrecht wahrnehmen werden, aber noch nicht genau wissen, welche politische Partei Sie wählen sollen, finden Sie in dem Text - hoffentlich – viele Gründe DIE LINKE zu wählen.

Wenn Sie heute noch nicht wissen...

...ob Sie Ihr Wahlrecht ausüben wollen, hier ein paar gute Gründe Ihr Wahlrecht wahrzunehmen:

- Zur Erinnerung an viele großartige Menschen, die im Kampf für das allgemeine Wahlrecht ihr Leben ließen
- Aus Verantwortung sich selbst gegenüber, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen
- Aus Trotz und Widerborstigkeit gegenüber denjenigen, die immer wählen gehen, ohne nachzudenken

Schlussakkord am 6. März 2016

Wenn am 6. März um 18.00 Uhr die Wahllokale schließen und die Wahlzettel ausgezählt werden, hat DIE LINKE im Landkreis Marburg-Biedenkopf sicherlich bereits mehrfach gewonnen.

Neue Mitglieder, die sich auch aufgrund des Wahlprogramms entschlossen haben, politisch aktiv zu werden. Neue und alte Sympathisierende, die sich mit den gegebenen Verhältnissen nicht abfinden wollen. Die nicht einverstanden sind, die sich selbst ernst nehmen und widerständig und widerborstig sich selbst Handlungsspielräume eröffnen. **Und – hoffentlich - Ihre Stimme.**

Zusammen können wir in Politik und Gesellschaft - innerhalb und außerhalb des Kreistages - soziale Gerechtigkeit einfordern, in der je eigenen Lebenswelt ökologische Nachhaltigkeit praktizieren, in den Orts- und Stadtteilen im Landkreis bei wichtigen Entscheidungen demokratische Teilhabe und Mitbestimmung durchsetzen – und bei all diesen Tätigkeiten das Gemeinwohl und die gesamtwirtschaftliche Vernunft nicht aus den Augen verlieren.

Damit die unmenschliche Logik des Sachzwanges der Geldvermehrung gebrochen wird und die Mehrheit der Menschen wieder selbstbestimmt über ihr eigenes Leben verfügen kann!

Fazit:

Es gibt ein richtiges Leben im falschen: Die Teilnahme an einer Demo für Hebammenrechte, ein Lob für das fragende Kind, der Wechsel des Stromanbieters, ein Weg mit dem Fahrrad statt mit dem Auto, die Begleitung einer Person in das KJC, ein Kreuz in der Wahlkabine.

Und Sie liebe Leser_in, was werden Sie tun?

Vor, am und nach dem 6. März 2016?